

Deutsche Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Bundes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementpreis pro Quartal 80.-.
zu beziehen durch alle Post-Institutionen.

Nürnberg, 9. Oktober 1897.

Inserate die dreigespaltene Zeitzeile oder deren Raum 30.-
Redaktion und Expedition:
Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

Inhalt: Von der schweizerischen Maschinenindustrie. — Zur Organisation. — Die Lage der Metallarbeiter in Nord-sachsen. IV. — Bericht über den Lockout in Dänemark und dessen Resultate. — Der englische Trade Union-Kongress. (Schluß.) — Zur Achtstundensbewegung der englischen Ma-schinenbauer. — Zum Formerausstand in Berlin. — Agita-tionsbericht. — Deutscher Metallarbeiter-Bund: Bekannt-machung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — An die Verwaltungen und Mitglieder des D. M.-B. in Nordbayern. — Vermischtes. — Literarisches.

Zur Beachtung.

Zugang ist fernzuhalten: von Formern und Gießereiarbeitern nach **Kotbus**, **Leipzig**, **Leuna**, **Laud-hammer**, **Berlin** (sämtliche Betriebe) St.; von Feilen-hauern nach **Chemnitz**; von Schlossern und Drehern nach **Leipzig-Guttsch** (Grob & Co.) St.; von Metall-schlägern nach **Dresden** (Georg Richter) D.; von Schleifer nach **Gielesfeld** (Bär & Kempel); Fahrradbranche nach **Mannheim** (Hof's Fahrradwerke). **Ner-Ruppin** u. **Göttingen** (Bernh. Stöver U.-G.) Et.; von Stahlkugel-arbeitern nach **Schwäbisch Gmünd** (A.-G. vorm. Friedr. Fischer und Söhnen & Co. U.-G.); von Metallarbeitern aller Branchen nach **Czelow** i. Pommern, nach **Malmö** in Schweden (mech. Fabrik von Rodham) St., **England** St. (Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, alle übrigen nur gesperrt; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L. heißt: Lohnbewegung; A. heißt: Aussperrung; D. heißt: Differenzen.)

Aufführung Metallarbeiter!

Zu Folge des Generalstreiks der Eisenformer in Berlin ist Zugang von Metallarbeitern aller Art nach Berlin fernzuhalten!

Von der schweizerischen Maschinenindustrie.

Der Verein der schweizerischen Maschinenindustriellen, der vor einiger Zeit durch die Errichtung eines zentralen Arbeitsnachweisbüros besonders von sich reden machte, hat jüngst für das Jahr 1896 einen umfassenden Geschäftsbericht veröffentlicht, der in zwei Theile zerfällt und in denen die Beziehungen zu den Arbeitern sowie die Geschäftslage der Maschinenindustrie behandelt werden.

In ersterer Richtung beklagen sich die Herren Fabrikanten zunächst allgemein über eine im Jahre 1896 stattgefundenen erhebliche Lohnsteigerung, „ungeachtet welcher es aber nicht allen Werken gelang, sich die erforderlichen Arbeiter in genügender Anzahl und namentlich nicht von entsprechender Qualität und Leistungsfähigkeit zu verschaffen, auch bei Bewilligung höherer Löhne, als sie von der ausländischen Konkurrenz gezahlt werden.“ Letzteres mag bis zu einem gewissen Grade richtig sein, obwohl bei solchen Vergleichen zwischen in- und ausländischen Löhnen in der Regel allgemeine und zuverlässige statistische Daten fehlen und anderseits nicht zu übersehen ist, daß eben relativ — und relativ sind alle Löhne hoch oder niedrig — hohe und niedrige Löhne überall vorhanden. Was die merkwürdiger Weise „allgemein beklagte erhebliche Lohnsteigerung“ betrifft, so handelt es sich dabei zweifellos nur um Mehrverdienst in Folge reichlicher Beschäftigung und häufiger Überzeitarbeit, weil unseres Wissens, von zwei nicht unbedeutenden Fällen (Altstätten bei Zürich und Rorschach) abgesehen, 1896 die Arbeiter in den schweizerischen Ma-schinenfabriken nirgends in einer Lohn- oder Streikbewegung standen. Wenn man aber unter diesen Umständen seitens der Fabrikanten die „erhebliche Lohnsteigerung“ beklagt, so kann man mit vollem Recht in diesem Falle von einem ganz gemeinen Neide reden, der trotz der aus der Mehrproduktion fließenden Erhöhung des Profites dem Arbeiter nicht einmal die paar elenden Kappen gönnt, welche er aus intensivster

Arbeitsleistung und Überzeitarbeit mehr erhält, als der nackte Hungerlohn beträgt.

Eine große östschweizerische Maschinenfabrik schreibt speziell über die Lohnfrage: „Das Jahr 1896 brachte eine entschiedene Lohnsteigerung, namentlich für den sogenannten „ungelernten“ Arbeiter, Handlanger usw. Es ist wahrscheinlich, daß dieselbe mit der regen Bau-thätigkeit im ganzen Lande zusammenhängt. In den genannten Kategorien war das Arbeitsangebot namentlich in der guten Jahreszeit so spärlich, daß zum ersten Mal Italiener in größerer Zahl auch unter das eigentliche Fabrikpersonal aufgenommen wurden, während sie bisher durch die Vermittlung von Akkordanten mehr als Hilfspersonal für spezielle untergeordnete Arbeiten verwendet worden sind. Zuweilen auf den Winter hin steigt dann allerdings das Angebot der genannten Kategorien wesentlich über den Bedarf hinaus. Sobald aber der Frühling kommt, tritt das gegenteilige Verhältniß ein. Diesem für den Betrieb störenden Nebelstande suchen wir jetzt dadurch zu begegnen, daß wir im Sommer etwas höhere Löhne zahlen als im Winter. Eine fortwährende Steigerung der Löhne und Verdienst beträge der einzelnen, namentlich bei Akkordarbeitern, ist aber auch in sämtlichen Berufsarten zu konstatiren und es ist anzunehmen, daß dies nicht nachläßt, so lange der Geschäftsgang flott ist. Diese Erscheinung kann im Allgemeinen als eine für die Gesamtverhältnisse des Landes günstige bezeichnet werden. Aber daß wir Gefahr laufen, nach und nach in unhaltbare Zustände zu kommen, beweist der Umstand, daß die italienische Maschinenindustrie mit ihren viel niedrigeren Löhnen anfängt, uns in allen Ländern empfindliche Konkurrenz zu machen. Die italienische Maschinenindustrie ist exportfähig geworden.“ — Das ist vorerst in nur bescheidenem Maße der Fall und zwar um so mehr, als sie ja nicht einmal im Innlande, in Italien selbst, den Markt zu erobern vermag. Nur ein Beispiel sei für die Nichtigkeit dieser Behauptung als Beweis angeführt. Im Jahre 1896 betrug die Maschinenimport aus Italien in die Schweiz gerade so wie 1895 nur eine halbe Million Franken, während die schweizerische Maschinenausfuhr nach Italien 1895 4,400,000 Fr. und 1896 5,314,000 Fr. betrug, in letzterem Jahre also um fast 1 Millionen mehr. Da ist das Andwendmalen der italienischen Ma-schinenindustrie als Gefahr für die schweizerische Ma-schinenindustrie nichts anderes als ein leerer Schreck-schuß, eine tendenziöse Nebertreibung, welche dieselben Herren bekanntlich in allen Dingen den Sozialdemokraten zum Vorwurf machen. Die Löhne in der italienischen Maschinenindustrie müssen ja durchwegs niedriger sein als in der Schweiz — lohnstatistische Daten fehlen auch für einen solchen Vergleich nicht zur Verfügung —, allein eine Reihe besserer Löhne werden auch dort gezahlt werden müssen. Sodann ist es eine alte, auch den schweizerischen Maschinen-industriellen bekannte Tatsache, daß billige Arbeiter nicht immer die besten Arbeiter und auch billige Ma-schinen nicht immer die besten Maschinen sind. Eng-land hat die kürzeste Arbeitszeit und die höchsten Ar-beitslöhne, allein seine Maschinenindustrie ist noch immer die mächtigste und leistungsfähigste der Welt und seine Maschinen, seine Werkzeuge und Stahl-waren sind immer noch die anerkannt besten auf dem Weltmarkt. Es werden sich deshalb auch die schweizerischen Metallarbeiter durch das Ge-spenst der italienischen Konkurrenz nicht dazu erweichen lassen, für Hungerlöhne zu arbeiten. —

Eine andere Fabrik berichtet über die Beziehungen zu den Arbeitern: „Das Verhältniß der Fabrikleitungen zu den Arbeitern scheint uns nicht auf dem Wege der Besserung zu sein. Die Organisation von Fachvereinen, mit denen übrigens auch die Arbeitgeber

sympathisieren könnten, wenn sie sich eine wohlthätige Fürsorge für die Genossen, für ihre Ausbildung und Befähigung zu größerer Leistungsfähigkeit zum Ziel setzen würden, ist vom Standpunkt des Agitations-zweckes in vollendet Weise durchgeführt. Leider gelangen in denselben so naheliegende und praktische Dinge, wie die vorbezeichneten, nur nebensächlich oder gar nicht zur Behandlung. Die Fachvereine sind nach unseren Wahrnehmungen nur Kampforgane, die Vorposten des sozialistischen Gewalthaufens. Ihre Bestrebungen sind der Verkürzung der Arbeitszeit, der Abschaffung des Akkordlohnnes, der Einführung des Minimallohnes, willkürlichen Festtagen und andern Postulaten gewidmet; daneben beschäftigen sie sich mit Vorliebe (aber gewiß nicht ohne Grund. D. Red.) mit den Geschäftsleitungen und ihren Organen. Während so die Anforderungen an die Arbeitgeber Jahr für Jahr sich steigern, ist das Niveau der Leistungsfähigkeit der Arbeiter zurückgeblieben und verschärft dieser Umstand die schlechten Bedingungen, unter denen wir mit dem Auslande konkurrieren. Um meisten leiden unter diesen Umständen diejenigen Geschäfte, welche mehr oder weniger darauf angewiesen sind, von den wandernden Elementen zur Kompletirung ihrer Arbeiteinschaft Gebrauch zu machen, viel weniger dagegen solche, die abgelegen von den Heerstraßen (à la Neu-fkirchen vulgo Königreich Stumm. D. Red.) und großen Verkehrszentren es mit einer ansässigen Bevölkerung zu thun haben. Diese sind viel leichter im Stande, nicht nur ihre Arbeiter für Spezialitäten zu erzielen und aus ihrer Erfahrung und Ge-schicklichkeit Nutzen zu ziehen, sondern auch mit ihnen friedliche und gegenseitig wohlwollende (à la Stumm! D. Red.) Beziehungen zu unter-halten. Die großen Verkehrszentren haben mit einem weiteren wichtigen Konkurrenzfaktor zu rechnen: Der Vertheuerung des Lebensunterhaltes. Das Anwachsen der Städte, die maßlose Steigerung des Wertes von Grund und Boden und der Mietzinse, die unter den Beispielen großstädtischer Gewohnheiten wachsenden An-sprüche an Gemüß und Lebensführung suchen ihr Gleichgewicht in der Steigerung der Arbeitslöhne. Mit voller Besiedigung ihrer Ansprüche vom Ausland hereingetogene Arbeiter und Angestellte machen die Erfahrung, daß sie mit dem höheren Einkommen bei uns sich weniger gut fressen, als mit dem kleineren im Heimatlande.“

Dass die Fabrikanten mit den Fachvereinen „warm“ sympathisieren würden, wenn sich diese blos auf eine berufstechnische Tätigkeit verlegten und sich um wirtschaftliche und soziale Fragen nichts kümmerten, ist ihnen ohne weiteres zu glauben. Aber wir selbst sind auch nicht Gegner berufstechnischer Tätigkeit in den Gewerkschaften, um so weniger, als wir der Meinung sind, daß die innere Tätigkeit der Gewerkschaften, von der man heute vielfach gar keine Spur findet, eine möglichst vielseitige sein sollte, um Interesse zu bieten und neue Mitglieder heranzuziehen und, was die Hauptzwecke ist, auch dauernd zu behalten. Wer viel bietet, bietet jedem etwas. Darum sollten neben den sozialen Aufgaben die Gewerkschaften auch noch andere, verwandte Gebiete in den Kreis ihrer Tätigkeit ziehen und bearbeiten.

Was die nicht mehr neue Klage der Unternehmer über den Rückgang der Leistungsfähigkeit der Arbeiter betrifft, so ist sie ein Schwindel und noch dazu ein recht dummer Schwindel. Kommt den Klagegemeiern kein Gedanke daran, daß sie durch solche gegen die Arbeiterschaft erhobenen Vorwürfe das Ansehen der gesamten schweizerischen Maschinenindustrie im In- und Auslande schädigen und daß ihnen auf eingereichte Offerten geantwortet werden könnte unter Verufung auf diese Klagen, daß die schweizerische Maschinenindustrie

nicht leistungsfähig sei? Ferner finden sich in den Maschinenfabriken jeder Zeit massenhaft Lehrlinge vor und ein großer Theil der beschäftigten Arbeiter hat in den betreffenden Geschäften selbst gelernt; wenn sie also nicht tüchtig sind, wen trifft dafür die Verantwortung? Wen anders, als die jammernden Unternehmer selbst?

Aber wie gesagt, die Klage ist ein genauer tendenziöser Schwindel zur Verkleinerung und Herabsetzung der Arbeiter, wohl mit der Absicht erhoben, ihre Lohn-rc. Ansprüche niedrig zu halten. Den besten Beweis für die tatsächliche Leistungsfähigkeit der schweizerischen Maschinenbauer bietet der gute Auf, den die schweizerische Maschinenindustrie im In- und Auslande genießt und sodann ihr stetiger Aufschwung. Sie hatte 1896 einen Export von 29,294,715 Fr. gegen 24,953,600 Fr. in 1895 und 23,715,800 Fr. in 1893. Die vorjährige Mehrausfuhr betrug gegenüber 1895 4,840,611 Fr. Die Einfuhr hat dagegen nur um 2,888,377 Fr. oder von 20,052,800 Fr. in 1895 auf 23,591,454 Fr. zugenommen. Der Mehrimport hängt aber mit der Mehrproduktion und mit dem Mehrexport zusammen; denn es entfallen allein 1,186,902 Fr. auf roh vorgearbeitete Maschinenteile, was 39 Prozent der Summe der Totalausfuhr ausmacht. Die Exportziffer ist die "höhe, welche noch je die schweizerische Maschinenindustrie erreichte und da schämt sich ein Unternehmer dieser Industrie nicht der gemeinen Lüge, der Arbeiterschaft eine verminderte Leistungsfähigkeit nachzusagen!"

Auf die Steigerung der Einfuhr hatten 1896 besonderen Einfluss die land- und hauswirtschaftlichen Maschinen, deren Import von 1,095 auf 1,445 Millionen Franken stieg; die Müllereimaschinen mit einer Steigerung von 163,050 Fr. auf 283,079 Fr.; die Spinnerei- und Zwirnereimaschinen von 878,640 auf 1,042,781 Fr.; die Maschinen aller Art und fertigen Maschinenteile von 8,490,790 auf 10,906,439 Fr. und die vorgearbeiteten Maschinenteile von 3,622,097 auf 4,758,999 Fr. Sehr stark zurückgegangen ist der Import von dynamo-elektrischen Maschinen (von 530,100 auf 428,086 Fr.), von eisernen Konstruktionen (von 1,120,781 auf 996,947 Fr.), von Nähmaschinen von 2,810,600 auf 1,768,020 Fr.) und von Stickmaschinen (748,462 auf 858,150 Fr.). Der Rückgang des Nähmaschinenimports trifft hauptsächlich England, derjenige der Stickmaschinen Deutschland. Die größere Ausfuhrziffer wird hauptsächlich bewirkt durch die Positionen: dynamo-elektrische Maschinen mit 5,477,913 gegen 3,684,320 Fr.; Spinnerei- und Zwirnereimaschinen mit 2,688,611 gegen 2,074,060 Fr.; Stickmaschinen mit 1,281,534 gegen 929,939 Fr. und Maschinen aller Art mit 9,460,327 gegen 8,636,824 Francs im Jahre 1895.

Der Handelsverkehr der in- und ausländischen Maschinenindustrie ist folgender:

	Einfuhr von	Ausfuhr nach
	Franken	
Deutschland .	16,823,878	6,925,592
Frankreich .	2,280,222	4,290,163
Oesterreich .	352,427	3,775,598
Italien .	594,342	5,314,116
England .	—	5,042,971
Alle anderen Länder	3,595,575	5,946,275
	23,591,454	29,294,715

Deutschland ist demnach mit mehr als Zweidrittel an der Maschinenausfuhr in der Schweiz beteiligt, während nur der vierte Theil der schweizerischen Maschinenausfuhr auf Deutschland entfällt. Es gibt an die Schweiz für 10 Millionen mehr Maschinen ab, als es von ihr abnimmt. Daraus erhellt auch, daß die Schweiz für die deutsche Maschinenindustrie ein relativ erhebliches Absatzgebiet ist, trotzdem die schweizerische Maschinenindustrie selbst auf einer bedeutenden Höhe sich befindet.

(Schluß folgt.)

Zur Organisation.

Die „Metallarbeiter-Zeitung“ brachte schon verschiedene Meinungsäußerungen über den gleichen Stand der Organisation in Rheinland und Westfalen. Daß sich die Theorie: „Die Konzentration von großen Arbeitermassen auf beschränkten Räumen, ist die günstigste Bedingung für die Organisation“ hier als ganz erweist, wird durch die Thatsachen belegt. Trotzdem ist die Theorie richtig, denn der Mangel einer guten Organisation ist hier darauf zurückzuführen, daß die an sich günstige Voraussetzung — große Arbeitermassen auf einem kleinen Raum — vollständig aufgehoben wird durch die gleichzeitige Konzentration der Industrie; die Vereinigung der Arbeiterschaft in der Hand eines oder weniger Unternehmer. Darin finden wir

die Erklärung für die schlechte Organisation in Essen, Bochum, Dortmund, Hörde usw. Wer z. B. bei Krupp in Essen gemäßregelt wird, der ist in 99 von 100 Fällen auch genötigt, Essen zu verlassen. Und was Krupp für Essen bedeutet, das ist der Bochumer Verein für Bochum, das Hörder Werk für Hörde und die Dortmunder Union für Dortmund. Wo einer großen Arbeiterzahl auch eine große Zahl von Unternehmern gegenüber steht, wie z. B. in Düsseldorf, sind die Verhältnisse für die Organisation bedeutend günstiger, weil hier in viel geringerem Maße der Verlust der Arbeitsstelle gleichbedeutend ist mit der Notwendigkeit der Auswanderung. Hier steht der Arbeiter in seinem Arbeitgeber nicht den Alleinherrschern, er fühlt sich nicht so grenzenlos ohnmächtig, wie einem Krupp, Baure etc. gegenüber.

Gerade das große Abhängigkeitsgefühl ist es, welches den Arbeiter hindert — aus Furcht vor Maßregelung — überhaupt die Zwecke, Ziele und Vortheile der Organisation kennen zu lernen. Diesen traurigen Thatsachen — bei vielen leider zum Fatalismus führend — gegenüber kann nur unablässige Aufklärung über die Grundlosigkeit der Furcht vor vollständiger wirtschaftlicher Vernichtung und Unterstützung von Nutzen sein. Der unaufgeklärte, ohne Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse in den Tag hinein Lebende, macht bei allen seinen Maßnahmen zuerst den direkten Vortheil, den unmittelbaren Nutzen zum Vorwurf seiner Erfolgsversuche. Mit einem Agitationssittel wie z. B. der Arbeitslosenunterstützung könnten wir für die Organisation hier mehr Anhänger gewinnen, als mit einer Definition über die Macht einer guten Organisation. Genügte letzteres, dann müßte die Thatsache, daß das Unternehmertum trotz der angeblich günstigen Geschäftskonjunktur sich nicht scheut, Hunderte von Fabriken still zu legen, — nur um die Macht der gewerkschaftlichen Organisation zu zertrümmern, — Laien und Streitern in unsere Reihen führen.

„heimische Industrie“, „Nationalvermögen“ sollen bei Forderungen der Arbeiter, selbst der minimalsten, in Gefahr sein; im Kampfe gegen die Arbeiter des eigenen Landes sind dem Unternehmer diese „Gefahren“ nichts gegen den aus brutalen Unternehmerübermuth geborenen Willen, unter allen Umständen die wirtschaftliche Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation durch Berücksichtigung derselben zu brechen. — Gutherzlos und schändliche Reden über Klassencharakter der Gewerkschaften allein nützen uns nichts; wir haben es mit den naiven Thatsachen, mit der durch nichts hinwegzulegenden Wirklichkeit zu thun, daß wir Arbeiter, Berufsgenossen für die Organisation gewinnen müssen, um sie dann zu Massenbewußten Arbeitern zu erziehen! — Da hätten wir es mit einer die Klassengegensätze klar erkennenden Arbeiterschaft zu thun, dann brauchen wir keine direkten Vortheile als etwas eigenes zustreben, sondern die Arbeit der Berufskollegen für die Organisation gewonnen, dann ist es unsere Aufgabe, in Versammlungen und besonders auch durch unsere Fachzeitung die Gegensätze der Arbeiter im Allgemeinen — innerhalb der Interessenphäste der eigenen Berufskollegen im Speziellen — zu erklären, und das der gesamten Arbeiterklasse gemeinsame Interesse aus dem Lust von Sonderinteressen und Kastengenial heranzuziehen.

Wie durch die entwickelte Technik in einzelnen Betrieben die Klassengegensätze verschleiert, innerhalb der Arbeiterklasse wirtschaftliche Gegensätze erzeugt werden, sehen wir z. B. ganz klar im Berufe der Dreher. Betreten wir heute eine moderne Dreherei mit ihren 100 bis 600 Drehbänken, so werden wir an diesen Drehbänken vielleicht $\frac{1}{3}$ und noch weniger geübte Dreher finden. Die meisten Facharbeiter haben Spezialarbeit eingerichtet, das heißt für verschiedene an einem Arbeitsstück notwendige Dreharbeiten sind verschieden lange eingerichtet, damit kein Dreher oder Dampfdruck umgesetzt zu werden braucht. Bei jeder neuen Phase in der Bearbeitung wandert das Arbeitssstück von einer Bank zur anderen, wodurch ein jeder Arbeiter immer nur die gleiche Arbeit an denselben Arbeitsstücken auszuführen hat. Dadurch fällt die Arbeit des Einzelnen oft auf das Niveau gewöhnlicher Tagesarbeit herab und der Unternehmer ist in der Lage, in gewissen Abschätzungen, je nachdem dies die jeweilige Anforderung des Arbeitsprozesses an den Arbeiter erfordert, mehr oder minder geübte und intelligente Lemle einzustellen. So finden wir in einer solchen Dreherei eine ganze Einheitlichkeit von Drehern, welche, soweit sie keine Lehrzeit absolviert haben, unter dem Sammelnamen „Dreherlämmer“ rangieren. Wo noch kompliziertere Arbeit von geübten Drehern ausgeführt wird, da fühlen sich diese über ihre ungeliebten Berufskollegen erhaben, vermehrt sich als Stolze innerhalb der Arbeiterklasse.

Im Verein mit denen, welche durch die unerbittliche technische Entwicklung vor den sogenannten „Dreherlämtern“ nichts vorans haben, in ohnmächtiger Weise dem Kastengeist huldigen, bilden sie einen Hemmschuh für die Organisation.

In fast allen größeren Fabriken ist das Altkord-System im Schwunge. Da nun bei der allgemein eingeführten Spezialarbeit die Tätigkeit jedes Einzelnen auf einige Handreichungen beschränkt ist, diese bei den ewigen Wiederholungen von allen in derselben Geschicklichkeit und Zeit ausgeführt werden, mithin alle in dem betreffenden Betriebe bei gleicher Intensität eine gewisse Stückzahl der Arbeitsstücke fertig stellen können, besteht bezüglich der Lohnhöhe kein Unterschied. Neben diesem Lohnunterschied zwischen den einzelnen Kategorien als Vordreher, Fertigdreher, Schräpper, Schlichter, Bohrer, Fräser, Gewinde Schneider usw. gibt es Unterschiede bezüglich der physischen Anstrengung. Um in diesem vielseitigen Meße den besten Sit zu erobern, wird unter den Berufskollegen ein Konkurrenzkampf inszenirt und das gemeinsame Interesse als Klasse durch kleine wirtschaftliche Sonderinteressen verschleiert.

Dies trifft auch da zu, wo die gelernten Dreher als die geübteren gegen die ungeübteren im Vortheil sind. Durch geschicktere Benutzung der Werkzeuge, Intensität, verdienen erstere bei gleicher Arbeit vielleicht etwas mehr wie letztere, dies jedoch nur so lange, bis diese im Laufe der Zeit durch größere Übung und Aklerierung die vorigen Nachtheile weit gemacht haben. Dann folgt in der Regel eine Stücklohnreduzierung und das traurige Spiel beginnt von vorne. Das geht so lange fort bis auch der Geschickste und Fleißigste die Grenze des Möglichen erreicht hat. — Ist überhaupt noch Gelegenheit dazu vorhanden, dann verläßt der geschicktere Arbeiter das — „Kampffeld“ und flüchtet in die Domänen der Komplizierten, noch nicht spezialisierten Arbeit, um jedoch bald die weh- und ihm demuthigende Erfahrung zu machen, daß auch hier mit dem Fortschritt der Technik der „Dreherlämmer“ einzieht, um so eher, da dieser die Hilfsmittel benutzt, die der „gelernte Dreher“ im Stolze auf seine Kunst verachtet.

So wird z. B. beim Berechnen der Gewinde von Seiten der auf ihre Kunst Stolzen Zeit verschwendet. Der „Ungelernte“, der Kunst der Berechnung nicht fähig, nimmt die für alle Systeme vorhandenen Tabellen zur Hand und sieht sofort, welche Räder er eventuell einzusetzen muss. Und selbst diese Arbeit ist vielfach schon nicht mehr nötig. Denn es sind bereits Drehbänke — Automaten genannt — in Betrieb (auch hier bei Krupp), bei denen von einem Hilfsarbeiter rohe Stangen eingelegt und fertig gedrehte (komplett mit Gewinde) Spindeln mechanisch ausgespannt werden.

Zu der durch die entwickelte Technik bedingten Abhängigkeit der Arbeiter vom Unternehmer kommt noch, daß die meisten ungelernten Arbeiter, welche als Handarbeiter beschäftigt werden, einheimisch sind. Sie wohnen bei ihren Eltern. Da diese von den sogenannten resp. Betriebsfahrtseinrichtungen vielleicht Vortheile zu erwarten haben, müssen selbstverständlich sie selbst sowohl als auch ihre Söhne in jeder Beziehung folgen, dem Unternehmer zu Willen sein. So vielseitig, fast un durchdringlich sind die wirtschaftlichen Verhältnisse und ihre Wechselwirkungen, daß es den Wenigsten — ohne nachhaltige Lehrengabe — möglich ist, die Klassengegensätze zu erkennen. Damit ihnen diese nicht eine Spur bleibt und sie nicht vielleicht erst am Ende ihrer Laufbahn zur Erkenntnis kommen, daß sie im Gauleispiel der Sonderinteressen ihre wahren Interessen verkannt haben, damit sie alle freitbare Kämpfer in unseren Reihen werden, wollen wir ihnen den Eintritt leicht machen, um sie dann anzuführen für den Klassenkampf.

Eßen.

Wilmß.

Die Lage der Metallarbeiter in Nord-Sachsen.

IV.

Wir haben in den Abschnitten I, II und III gesehen, welche erbärmlichen Löhne bei vielfach unmöglich langer Arbeitszeit den meisten Lohnsklaven der Metallbranche Nord-Sachsens gezahlt werden, doch sind damit die Löhne der selben noch lange nicht erschöpft. In manchen Betrieben sind Zustände vorhanden in sittlicher und sanitärer Beziehung, verbunden mit einem oft schamlosen Strafsystem, welche geeignet sind, die Menschentüre der Arbeiter überhaupt in Freize zu stellen. Es ist natürlich, daß bei einer erstmaligen statistischen Aufnahme durch Arbeiter nur der kleinste Theil der vorhandenen Misstände bekannt wird, einschließlich in Folge mangelnder Neigung der Fragebogenausfülliger, andertheils auch aus Furcht vor

eventueller Kompromittierung. Doch auch das Wenige, das ermittelte wurde, ist viessagend genug.

Beginnen wir mit den Lohnverhältnissen. Trotzdem es nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern auch der Unternehmer liegt, für genügenden Zutritt des Tageslichtes Sorge zu tragen, wurde in 12 Proz. der angegebenen Betriebe über vollständig unzureichende Lüftung der Werkstatträume geplagt. Weiter hatten 15 Proz. der Betriebe, von welchen Auskunft vorlag, gar keine, resp. ganz ungenügende Heizung im Winter. Bedenfalls sollten sich die Arbeiter in denselben „warm arbeiten“!

Ventilationseinrichtungen waren nur in 68,3 Proz. der Betriebe vorhanden, in 20,6 Prozent waren dieselben gänzlich unzulänglich und in 11,1 Proz. waren überhaupt keine. Geradezu ekelhaft sind die Aborteinrichtungen in manchen Betrieben. Auskunft darüber ist von 60 Betrieben erfolgt, und waren ausreichende Aborten vorhanden in 45 Betrieben, unzureichend, resp. in mangelhaftem Zustand befindlich, in 14 Betrieben und in 1 Betrieb existierte etwas Dergartiges absolut nicht. Es ist zweitmäig, auf diesen Punkt näher einzugehen. Bei den Firmen Richter-Döbeln und Hentschel-Grimma kommt 1 Abort auf 50 Arbeiter und bei Wolf-Rosswin gar erst auf 65 Arbeiter. In letzterem Betrieb sind nicht einmal Thüren davor, auch wird über sehr mangelhafte Reinigung geplagt.

Letzteres wird ebenfalls von der Oschaker Eisengießerei behauptet, wo der Abort seit etwa 3 Jahren weder gefegt noch gescheuert worden sein soll. Auch die Firma Großfuß-Döbeln könnte besser für Desinfektion Sorge tragen, die Aborten sollen dort einen schrecklichen Gestank verbreiten. In einem Betrieb war — wie bereits erwähnt — gar kein Abort vorhanden und zwar bei Pötsche-Waldheim, welcher 14 Mann beschäftigte. Der Fabrikraum ist eine Scheune, hat weder Ventilation noch Garderobe oder Wascheinrichtung. Tageslicht, sowie im Winter Heizung unzulänglich. Ein Pissoir ist allerdings da, aber im Werkstattraum. Unter diesen Zuständen 11 Stunden täglich bei 18—24 J Stundenlohn zu arbeiten, muß allerdings ein Hochgenuss sein.

Eine Arbeitsordnung, von welcher man billig bezweifeln muß, daß dieselbe behördlich genehmigt ist, besitzt die Drahtseilsfabrik von Kannisch-Wurzen. In dieser ist festgelegt, daß kein Arbeiter, außer frischen Personen, zu einem nochwendigen Bedürfnis während der Arbeitszeit den Fabrikraum verlassen darf! Nur das Pissoir ist von obiger Verfügung ausgeschlossen. Bei Altmühlhardt-Wurzen ist die Aborteinrichtung folgende: ein Brett über der Grube angebracht, ohne jede Scheidewand, auf welchem 4 Mann nebeneinander Platz haben. — Das zuständige Gewerbeinspektorat sei auf vorbenannte Betriebe dringend aufmerksam gemacht. —

Nach all dem vorher Gesagten wird man sich kaum wundern, wenn den Arbeitern zur Reinigung in den wenigsten Betrieben Gelegenheit geboten ist. Nur 27,3 Prozent der Betriebe, von welchen Informationen eingingen, hatten genügende Wascheinrichtung, in 43,7 Proz. war dieselbe ganz ungenügend, und in 29 Proz. war überhaupt nichts vorhanden.

In welchem Grade oftmals vorhandene Wascheinrichtungen unzulänglich sind, dafür einige Beispiele. In der Rosswiner Maschinenbauanstalt ist nur ein Faß da, worin sich alle (28) Arbeiter waschen, bei Großfuß-Döbeln kommt auf 17 Mann ein Eimer usw. In der Mühlenbauanstalt von Rößmann-Mittweida ist das Waschen sogar streng verboten. — Weiter ist nur in den wenigsten Betrieben ein Extraraum vorhanden, um Rock und Kopfbedeckung aufzubewahren, in den meisten hängt man die Kleidungsstücke in den städtigen, schwülen Fabrikräumen, wo man sich auch umzieht. Sogar die Arbeiterinnen der Firma Großfuß-Döbeln sind gezwungen, sich am Arbeitsort umzuziehen in Gegenwart der Männer. Nach hier wäre eine energische Beschwerde bei der vorgesetzten Behörde dringend angebracht.

Nun kommen wir zu dem Kapitel: Strafabzug. So unglaublich niedrig die Löhne, so exorbitant hoch sind die Strafen bei geringen Unpünktlichkeiten oder Versehen der Arbeiter. Nur in einem kleinen Theil der Betriebe gräßt dieses Nebel nicht. Auskunft ging ein von 40 Betrieben, wovon bloß in 11 kein Strafabzug erfolgte. In 3 Betrieben war selbiger zwar in der Arbeitsordnung vorgesehen, aber bisher noch nicht in Anwendung gekommen. Von einem Betrieb fehlt Angabe über die Höhe der verhängten Strafen. In einem Betrieb betragen dieselben 10 J., in einem 20 J., in zwei 25 J., in zwei bis 30 J., in fünf bis 50 J., in einem 60 J., in einem 70 J., in zwei 75 J., in sieben M. 1, in einem M. 1,25 und in zwei bis zur Hälfte des durchschnittlichen Tagesverdienstes.

Man denke, bei den geschilderten Löhnern derartige Abzüge, und gerade in einigen Betrieben, in welchen der schlechteste Verdienst zu finden ist, sind auch die höheren Geldstrafen usw. Z. B. lautet die Auskunft von einer Waldheimer Blechspielwarenfabrik, welche Löhne von 27 (1 Arbeiter). — 17 J pro Stunde zahlt: „Strafen ohne Maßen, pro Woche bis zu M. 1.“

Dieses verwerfliche Strafsystem muß die Arbeiter um so empfindlicher berühren, als die Verhängung der Strafen oftmals von der Willkür und Missgünst der Vorgesetzten abhängt. So wird von einer größeren Fabrik für Massenartikel in Döbeln berichtet, daß 2 Schlosser mit je M. 1 bestraft wurden, weil der eine auf der Schmiedeplatte ein Stück Eisen, der andere Stempel am Kopf abschafft, obgleich da keiner tagtäglich schlägt, so viel er will, denn von einem Verbot ist nichts bekannt.

Über die Verwendung der Strafgelder liegt leider nur aus 17 Betrieben Auskunft vor, es wurden in 7 Betrieben die Abzüge zur Unterstützung hilfsbedürftiger Arbeiter, in 3 Betrieben zu Vergnügungszwecken verwendet und in 3 Betrieben am Jahresabschluß gleichmäßig verteilt, davon in 2 Betrieben nur an die Arbeiter, welche 6 resp. 4 Monate im Geschäft thätig waren. In 1 Betrieb wurden halbjährlich von den Arbeitern einige gewählt zur Kontrolle der Strafkasse, wobei letztere gewöhnlich gleich verzecht wurde, jedoch wurde der auf die Arbeiterinnen und Lehrlinge entfallende Theil unter diese gleichmäßig verteilt. In 3 Betrieben war die Verwendung der Strafgelder den Arbeitern vollständig unbekannt. Zwar sollten dieselben in einem Betrieb zum Vergnügen verwendet werden, doch hat seit dem 4jährigen Bestehen derselben noch kein solches stattgefunden. — Am zweitmäßigsten ist wohl die Verwendung von Strafgeldern zu Unterstützungszielen, vorausgesetzt, daß nur den Arbeitern die alleinige Verfügung darüber zusteht, was jedoch in den wenigsten Betrieben der Fall sein dürfte. So hat sich z. B. der Inhaber der Firma Thümmler-Döbeln das alleinige Verfügungrecht bei Unterstützungen von diesen den Arbeitern gehörigen Geldern vorbehalten, ein ganz billiges Mittel, um sich willfähige Arbeiter eventuell kostenslos zu verpflichten. Vielfach wird geplagt, daß die Arbeiter nicht die geringste Kontrolle über die Verwaltung dieser Gelder haben; selbst bestehende Arbeiterausschüsse (es sind 9 angegeben) stehen meistens nur auf dem Papier und trauen sich nicht in Wirklichkeit zu treten, was ja bei dem bekannten Terrorismus der Unternehmer und der in Folge mangelnder Aufklärung geringen Organisation leicht verständlich ist. Bezeichnend für die Qualifikation des Ausschusses einer größeren landwirtschaftlichen Maschinenfabrik in Döbeln ist folgender Vermerk des betreffenden Fragebogenausstellers: „Strafgeld für eine Minute zu spät kommen 10 J., 15 Minuten 30 J., leider alles unkontrollierbar! Die Verwendung derselben ist den Arbeitern überlassen (soll wohl heißen dem „Arbeiterausschuß“, welcher da besteht. Anmerkung des Verfassers), gewöhnlich zum Vergnügen. Im letzten Jahre wurden über 19 M. zur Beschaffung eines Hochzeitsgeschenkes für die Tochter des Fabrikanten mit verwendet, ohne daß die Arbeiter gefragt wurden. Der Fabrikant wird allerdings nichts davon wissen.“ Da hört doch alles auf!

Bei der schon genannten Firma Großfuß-Döbeln werden die Strafgelder von einem der Werkführer verwaltet, welcher von diesen Geldern eventuell Vorhüsse gewährt. Es ist ja nur recht und billig, daß den Arbeitern, welche in Verlegenheit gerathen (was bei den gezahlten Löhnern kein Wunder ist), von ihrem eigenen Gedächtnis geholfen wird, aber sehr tadelnswert ist es, wenn hiervor Zinsen von 2 Proz. pro Woche verlangt werden, gleichviel, ob dieselbe voll ist oder nicht. Weiter wäre es sehr wünschenswert, daß den Arbeitern, resp. den im Vorstand der Betriebskrankenkasse sitzenden Arbeitern etwas Kontrolle hierüber eingeräumt würde, was bis jetzt nicht der Fall war. Anerkannt sei, daß in diesem Betrieb die direkte Verwendung der Strafgelder ein einverstandes stattfindet. Selbige werden der Betriebskrankenkasse überwiesen und dadurch fümmliche Arbeiter zum großen Theil von der Krankenversicherung befreit. —

Einer der wichtigsten Faktoren für die Erträglichkeit des Arbeitsverhältnisses ist eine angewachsene Behandlung der Arbeiter durch die Geschäftsführung sowohl, als durch direkte Vorgesetzte. Kann zwar konstatiert werden, daß dieselbe in der Mehrzahl der angeführten Betriebe als leidlich, in einigen sogar als sehr gut bezeichnet wurde, so stehen diejenigen Angaben am Klagen schwereigender Natur gegenüber. Einige seien hier festgenannt. In einer Drahtseilsfabrik in Leisnig wurde speziell über die Vorarbeiter geplagt, weiter in der Mechanischen Kratzefabrik in Mittweida, nur in der Drahtseilsfabrik in Waldheim lautet die Auskunft: „Arbeiter dürfen nicht müssen in Folge der Strafen.“ Über die Behandlung der Arbeiter seitens des Meisters (der Chef sei ziemlich human) der Mühlenbauanstalt von Rößmann in Mittweida wird schwer geklagt. Der Meister ist gelernter Zimmermann und sucht jedenfalls seine Qualifikation durch „forschendes“ Auftreten zu ergänzen. Doch sollen die Arbeiter hieran selbst schuld sein, nicht organisiert, lassen sie sich Vieles gefallen. Durch eine besondere Offenheit zeichnet sich der Chef der Oschaker Eisengießerei aus. Manchfach sind die Beschwerden, welche aus Döbeln vorliegen. Nicht unerwähnt darf die Fabrik für Massenartikel von A. Thümmler bleiben, welche bei einer Arbeiterzahl von etwas über 300 nicht weniger denn 28 Komptoiristen und 17 Werkmeister besitzt. Über technisches Personal fehlen Angaben. Das Komptoirpersonal besteht zum großen Theil aus solchen Personen, welche früher einen anderen Beruf hatten, darunter mehrere, die ihre Laufbahn als Arbeitsjunge im Geschäft begonnen, im Lohn aber bedeutend höher stehen, als die bestbezahnten gelehnten Arbeiter. Der Lohn der Werkmeister beläuft sich von 25—60 M. wöchentlich. Auf za. 14 Arbeiter kommt ein Komptoirist und auf za. 18 Arbeiter ein Meister. Da können sich die Arbeiter freilich nicht über zu geringe Beachtigung beklagen. Arbeiter, welche einem Angestellten zu nahe treten, auch wenn sie nur ihr Recht wahren, fliegen hinaus, falls sie nicht um gut bitten. Allerdings ist die Behandlung der Arbeiter in den letzten Jahren in Folge scharfer Kritik der Arbeiter etwas besser geworden und finden jetzt aus diesem Grunde Maßregelungen organisierter Arbeiter in geringerem Maße statt. Daß sie aber noch stattfinden können, ist ebenso erklärtlich, denn die Organisation ist noch sehr schwach (ein Beruf ausgenommen). Gewerbereiniger sind auch vorhanden, denen allzugroße Kollegialität nicht nachgerühmt wird, außerdem erfreut sich ein bestehender Fabrikgefangenverein noch der besonderen Sympathie der Geschäftsführung. Die Arbeitsordnung dieser Firma ist ein Muster von Spitzfindigkeit. Es würde hier zu weit führen, darauf näher einzugehen, denn außer verschiedenen Nachfragen besteht selbige aus 131 Paragraphen ohne die a, b, c Abstufungen. Aber einige können wir nicht unberücksichtigt lassen; es sei zuerst der § 97 erwähnt, welcher lautet: „Ein jeder ist verpflichtet, über alle Ordnungswidrigkeiten, die zu seiner Kenntnis gelangen, Anzeige zu erstatten. Die Namen der Angeber bleiben, sofern es die Umstände gestatten, verschwiegen.“ Weiter § 102: „Wird durch eine einzelne Schaden abgewendet, so findet eine entsprechende Belohnung statt.“ Besser kann allerdings das Denunziantenthum nicht beginnstigt werden. Die Firma bietet den Arbeitern auch Prämien in § 100: „Wer ununterbrochen (Krankheit ausgeschlossen) 10 Jahre in der Fabrik beschäftigt ist, erhält zu den darauf folgenden Weihnachten 30 M. Gehens. Das gleiche Geschenk erhält der Betreffende darnach zu jeder Weihnacht, so lange derselbe in der Fabrik beschäftigt ist.“ — Die Frage ist nur, wie lange solche langjährige Arbeiter noch beschäftigt werden, wenn ihr Körper den Anforderungen nicht mehr gewachsen ist? Diese Auszüge aus dieser Ordnung dürften genügen. — Als Döbeln wäre noch die Metallwarenfabrik von Schmidt anzuführen, in welcher die daselbst beschäftigten Schnittschlosser außerhalb der Fabrikordnung stehen (obwohl letztere dies gar nicht zuläßt), also im Gegensatz zu den übrigen Arbeitern keine Strafen bezahlen usw. So verwerflich das ganze Strafsystem an sich ist, so unzureichend ist die Zurückziehung der Niederschlosser als sehr ungerecht getadelt werden.

Gefährliche Arbeit, oder ein großer Mangel an Schutzausrüstungen muß in der Elevatorenfabrik von Schmidt-Wurzen vorhanden sein, wie sich aus folgendem Vermerk des betreffenden Fragebogenausstellers ergibt: „In dieser Fabrik sind schon sehr viele Unfälle vorgekommen, so daß sich der Vorstand der Ortsfrankenkasse (sozialdem.) veranlaßt sah, dies bei der Aufsichtsbehörde zur Anzeige zu bringen. Viel scheint es jedoch nicht geholfen zu haben, denn die Unfälle bauen fort. Hier thut es noth, daß der Gewerbeinspektor einschreite!“ Die letzte, schon mehrfach gehäufte Forderung sei hier nochmals entschieden unterstellt. Wie wären nun am Schlusse dieser Zusammenstellung angelangt. Hassen wir das Ergebnis derselben kurz zusammen, so finden wir in der großen Mehrzahl der verzeichneten Betriebe: 1) eine die Gesundheit der Arbeiter gefährrende ausgedehnte Arbeitszeit; 2) einen Verdienst, welcher unabhängig einer starken Unterernährung zur Folge haben muß; 3) Zustände in sozialer und fümmlicher Beziehung, welche oft geradezu ekelhaft sind und 4) in einer Fülle von Weltkrieg eine Be-

handlungsweise der Arbeiter, sei es durch ein hartes Straßystem oder durch inhumanes Benehmen der Vorgesetzten und Unternehmer, welche man in einem Kulturstaat am Ende des 19. Jahrhunderts nicht mehr für möglich halten sollte.

Die Erklärung für die Möglichkeit dieser Zustände findet sich leicht, wenn man die Zahlen über die Höhe der Organisation betrachtet. Die Zahlen hierüber waren für den Verfasser das trübsste Bild, welches ihm aus der Menge der Fragebögen entgegenleuchtete. Nur 12,5 der erwachsenen Arbeiter gehörten dem Deutschen Metallarbeiterverband an, 2,5 Proz. dem Gewerkverein nach Hirsch-Dünner und 2 Prozent sonstigen Organisationen. Also 83 Prozent standen der Gewerkschaftsbewegung überhaupt fern.

Kollegen, dieses Material zeigt einem jeden, daß es notwendig ist, endlich Wandel zu schaffen und zwar dadurch, daß sich jeder, welcher dem Deutschen Metallarbeiterverband noch nicht angehört, denselben anschließt, damit die bezeichneten Nebenstände abgestellt werden können. Ohne starke Organisation ist es aber ein Ding der Unmöglichkeit, dem geschlossenen Unternehmertum etwas abzuringen.

Bericht über den Lockout in Dänemark und dessen Resultate.*)

Geehrte Klassenbrüder im Ausland!

Indem der große Kampf, welchen die Arbeiter in der Eisen-Industrie diesen Sommer hier in Dänemark geführt haben, zum Abschluß gekommen ist, beeilen wir uns, Euch unsern besten Dank für die uns gewährte Hilfe darzubringen. In diesem Augenblick, da wir diesen Kampf zu Ende gebracht haben, geloben wir Euch, daß wir Euch dieses im vollen Maße wiederverglichen werden.

Wir wollen nun daran gehen, sowohl den Ausbruch des Kampfes, als dessen Verlauf und schließlich seine Resultate näher zu beleuchten.

Seitdem die Fabrikanten in der Eisen-Industrie im Jahre 1885 unserer Organisation eine absolute und fühlbare Niederlage zufügten, war es uns ganz unmöglich, irgend etwas durchzuführen, indem die Fabrikanten jedes Mal, wenn wir eine Forderung stellten, diese mit der Drohung einer Aussperrung beantworteten. Von Jahre 1885 bis 1893 waren es jedoch nur die Kopenhagener Fabrikanten, welche immer den Lockout im Munde führten, aber von dem letzten genannten Jahre ab organisierten sich die Fabrikanten in der Provinz mit ihren Kollegen in Kopenhagen, und nun belaufen wir die Drohung der Aussperrung von den Fabrikanten im ganzen Lande, jedes Mal wenn wir eine Forderung stellten.

Zur Laufe der letzten zwei Jahre sind wir mit uns darüber einig gewesen, daß die Fabrikanten die erste beste Gelegenheit benutzen wollten, uns einen höheren Kampf zu liefern. Sie hofften dadurch, daß sie die Massen auf uns wälzten, es uns unmöglich zu machen, diese zu unterdrücken, wodurch es ihnen — den Fabrikanten — leicht sein würde, einen entscheidenden Sieg über uns zu erringen. Aber in dieser Beziehung haben sie sich geirrt!

Der Anfang der Streitigkeiten geschah im Januar dieses Jahres, als unsere Mitglieder, ca. 60 Mann, in drei kleineren Fabriken in Aalborg ihren Lohn, welcher sich um 22—30 Daler pro Stunde belief, um einige Daler erhöht sowie die tägliche Arbeitszeit auf 10 Stunden reduziert verlangten. In den zwei Fabriken machten die Fabrikanten eine kleine, ganz bedeutungslose Einräumung, während man in der dritten Fabrik — der größten — gar nichts einräumen wollte. Diese Verhandlungen wurden ausschließlich von dem Vorstand des Fabrikantenverbands Rainers seiner Kollegen geführt.

Sowohl die betreffenden Arbeiter als auch wir waren uns darüber einig, daß die Fabrikanten mir so viel einzumuten, als sie mit Rücksicht auf die östliche Meinung gezwungen waren, um einen Schein von Recht auf ihrer Seite zu haben. Im Übrigen war es ihre Absicht, uns dazu zu bringen, einen Streik zu erklären, welchen sie dann mit einem Lockout beantworten wollten.

Als wir den Streik nicht erklärt, weil wir befürchten sollten abwarten wollten, ersanden sie ein anderes Mittel, um uns zum Siege zu zwingen. Sie arbeiteten nämlich ein Lohnregulativ aus und an diesen Tag legten sie die verhaftete Bestimmung, daß kein Arbeiter anderweitig eingeschritten werden dürfe, ohne daß er ein Abhängeszeugnis von seinem letzten Arbeitgeber vorzeigen könnte. Als sie alles dieses in Ordnung gebracht hatten, schlugen sie das Lohnregulativ am 13. März in allen Fabriken in der Provinz an und gleichzeitig damit wollte man den Verbandsvorstand darum aufmerksam machen, daß wenn er bis zum 18. März, Mittags 12 Uhr, den Fabrikanten in Aalborg nicht genügende Arbeitskraft verschaffte, würde man einen Lockout über das ganze Land herabhängen.

Der Verbandsvorstand führte sehr gut, daß der Zeitpunkt sich zum nützte, wo der Kampf unantastbar war, aber auf der anderen Seite konnte er es doch nicht beantworten, sich vor dieser Drohung der Fabrikanten zu versetzen und die Arbeiter zu zwingen, für einen Lohn zu arbeiten, welchen die Fabrikanten bestimmten. Die drei Fabriken in Aalborg erhielten also keine Arbeiter und am 16. März erklärten dann die Fabrikanten einen Lockout.

Dieser Lockout endigte jedoch schon am 29. März und hatte zu dieser Zeit noch nicht Kopenhagen berührt, sondern erstreckte sich nur auf die Provinz.

Die Ausschaltung der Aussperrung geschah auf Grundlage eines von einem Schiedsgericht herbeigeführten Vergleichs, wobin die Arbeiter in Aalborg eine kleinere Zuschüttung — jedoch immer noch größer als die, welche die Fabrikanten vor Ausbruch des Lockouts eintaten — erhalten. Ferner erklärte das Schiedsgericht, daß das

Lohnregulativ, welches die Fabrikanten ohne unsere Mitwirkung aufgehängt hatten, zum Gegenstand von Verhandlungen mit uns gemacht werden solle und daß keine Bestimmungen darin aufgenommen werden dürften, um welche keine Einigkeit erzielt werden könnte.

Dem Antheine nach war diese Uebereinkunft sehr gut, wenn nur die Fabrikanten ihr Wort halten wollten, aber dieses thaten sie nicht. Wir hatten nur eine einzige Sitzung mit ihnen, bei welcher sie erklärten, daß sie die Arbeitszeit von $10\frac{1}{2}$ auf 10 Stunden reduzieren wollten, weiter wollten sie in dem Lohnregulativ eine andere ganz bedeutungslose Einräumung machen, und damit erklärten sie, nun hätten sie ihre Pflicht erfüllt. Sie hätten versprochen, mit uns zu verhandeln, dieses hätten sie auch gethan, aber sie hätten niemals versprochen, mit uns einzigt werden zu wollen — nun, das würden sie auch nicht! — und deshalb bestimmt sie, wie das Lohnregulativ beschaffen sein sollte. Hierauf hängten sie das Regulativ wieder in den Fabriken auf.

Für dieses Lohnregulativ („Gemeinschaftliche Werkstellen-Regeln“), welches also von den Fabrikanten allein ausgearbeitet und aufgehängt worden war, hatten wir außer der Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit von $10\frac{1}{2}$ auf 10 Stunden folgende Einräumungen verlangt:

- a) Abhängung der Arbeitszeugnisse (diese wurden als eine Art schwarze Liste gebraucht).
- b) Der Stundenlohn im Akkord garantiert.
- c) Daß der Fabrikant, sobald ein Akkord mit einem Arbeiter abgeschlossen war, dem letzteren einen Akkordzettel geben solle, damit der Fabrikant unter Ausführung der Arbeit nicht mehr Arbeit für dieselbe Bezahlung hinzufügen könnte (dieses war nämlich allgemein gebräuchlich).
- d) Daß ein Arbeiter mitten in dem Akkord nicht willkürlich entlassen werden könnte, wenn sein Grund dazu vorlag nebst mit Rücksicht auf die Ausführung der Arbeit oder auf sein Betragen. Bis hier war es gebräuchlich, wenn es gegen den Schluss eines Akkords den Anschein hatte, daß ein Arbeiter einen guten Nebenschuß verdienken könnte, daß der Fabrikant ganz einfach den vereinbarten Preis herabsetzte, und wollte sich der Arbeiter nicht dagegen fügen, wurde er entlassen und erhielt also nur den Stundenlohn für die Zeit, in welcher er bei dem Akkord beschäftigt war.)

Bei der erwähnten Uebereinkunft, welche wir die „Uebereinkunft vom 29. März“ nennen, wurde zugleich bestimmt, daß einige Schiedsgerichtsregeln, welche vor ein Paar Jahren zwischen unserem Verbande und dem Fabrikantenverein in Kopenhagen vereinbart wurden, welche bis jetzt doch nur sehr wenig in Anwendung gekommen waren, auch auf die Provinz ausgedehnt werden sollten. Der Vorstand des provinziellen Fabrikantenvereins, welcher selbst die Forderung gestellt hatte, daß diese Regeln auch auf seinen Bereich ausgedehnt werden sollten, reagierte sich jedoch gleich damit, daß diese Regeln erst dann für seinen Bereich bindend werden könnten, wenn eine Generalversammlung diese sanktionirt hätte.

Seit dem 29. März bis heute haben wir jedoch noch keine Rücksichtnahme darüber erhalten, daß eine solche Sanktion stattgefunden hat, und dieses trotzdem daß der Verein eine Masse von Generalversammlungen abgehalten hat. Und da behaupten die gegnerischen Blätter gleichwohl, daß wir die Ursache zu dem Lockout gegeben hätten, weil wir diese Regeln gebrochen hätten! Also wir hätten unterlassen, Regeln anzuwenden, welche die andere Partei, mit der wir diese vereinbarten sollten, noch nicht ein Mal sanktioniert hat. Ja, im Kampfe gegen das Recht der Arbeiter könnten verschiedene Mittel gebraucht werden.

Am 18. Mai erlaubte der Verbandsvorstand den Mitgliedern in drei Fabriken in Odense, die Arbeit niedergelegen, wenn es ihnen durch Verhandlung mit ihrem Arbeitgeber nicht gelingen sollte, eine passende Erhöhung ihres Lohnes, welcher sich auf 22—30 Daler pro Stunde belief, zu erhalten. Als diese Verhandlung mißglückte, legten 93 Mann die Arbeit nieder.

Will man hier fragen, warum der Verbandsvorstand keine Verhandlung mit den Fabrikanten oder deren Organisation anknüpft, müssen wir hierauf antworten, daß wir ihnen im Vorars eine solche Verhandlung für vergeblich ansehen müssen, dafür hatten wir Beweis genug in dem Verhalten und den Aussetzungen der Fabrikanten.

Ende Mai erhielten wir dann vor dem Fabrikantenverein die Rücksicht, daß wenn die Arbeit nicht bis zum 9. Juni zu den alten Bedingungen in Odense wieder aufgenommenen würde, wir einen Lockout über das ganze Land erheben. Vor einem solchen Rückspruch der Fabrikanten konnten wir uns selbstverständlich nicht beugen, und dies um so weniger, als sie herausfügten, daß wir dann später die Lohnforderungen von einem Schiedsgericht untersuchen und abmachen lassen könnten.

Diesen Rückspruch, daß „wenn wir uns nicht beugen wollen“, haben wir schon oft gehört und wir haben oft genug darauf Rücksicht genommen — und trotz aller dieser Drohungen hatten wir uns stark gewahrt — nun sahen wir uns nicht mehr beugen, wollten wir nicht das Ansehen und den Erfolg unserer Organisation ganz auf's Spiel setzen.

Wir wählten da, einen Kampf, welchem wir früher oder später doch nicht entgehen konnten, entscheiden zu lassen, ob unsere Organisation ihre Probe bestehen könnte, ob sie durch die Bedeutung und Bedeutungsfähigkeit, womit sie gekennzeichnet wurde, wirklich dazu genutzt war, den Arbeitern eine Waffe zum Angriff und zur Verteidigung, den Kapitalisten aber zum Schaden, zu werden.

Wenn wir am Schluß unseres Berichts eingelangt sind, kann man dann beurtheilen, inwieweit die Organisation ihre Probe bestanden hat.

Am 9. Juni waren dann die Fabrikanten 2500 Schmiede und Maschinensetzer auf die Straße. Einige Tage darauf folgten die Formarbeiter, Modelleur, Arbeitsschleifer, Gläser, Schmiede und was sonst auf einer Maschinenfabrik beschäftigt wird, ebenfalls in einer Anzahl von 2500 Mann, und endlich am 9. Juli waren die Schmiede und Schlossermeister in Kopenhagen ihre Geißeln in einer Anzahl von 450 Mann auf die Straße. In der Zeit vom 9. Juni bis 9. Juli waren insgesamt eine sehr große Anzahl von Arbeitern in

Gewerben, welche durch den Lockout in ihrer Beschäftigung gehemmt wurden, als Arbeitslose hinzugekommen, daß die Zahl der Ausgesperrten und Arbeitslosen zusammen sich auf ca. 6300 Mann belief.

Unser Verband hatte jedoch noch immer gegen 3000 Mitglieder in Arbeit, indem der Lockout sich nicht auf die zwei hiesigen recht bedeutenden Eisen-Schiffswerften sowie die Eisenbahnwagensfabrik „Scandia“ in Randers und die Staats-Eisenbahnwerkstätten erstreckte, ebenso wie auch mehrere größere und ein Theil kleinere Fabriken nicht am Lockout Theil nahmen.

Ende Juni boten wir den Fabrikanten Verhandlungen über die Streitpunkte an, nicht gerade weil wir uns ein Resultat davon erwarteten, sondern aus rein taktischen Gründen. Es kam auch wirklich eine Verhandlung zu Stande, aber da die Fabrikanten dieses unser Angebot als Schwäche auffaßten, stellten sie sich derart, daß jede weitere Verhandlung aufgegeben werden mußte.

Um 15. Juli erboten sich drei Herren, nämlich der erste Bürgermeister von Kopenhagen, der Präsident im See- und Handelsgericht, sowie ein einflussreicher Mitglied der Copenhagener Stadtverordneten, ein Schiedsgericht bilden zu wollen, vor welchem beide Parteien ihre Forderungen einbringen könnten, um auf diese Weise den Streit zu schließen. Wir sagten „Ja!“ hierzu, weil wir nichts zu befürchten hatten, die Fabrikanten jedoch weigerten sich, ihre Handlungsweise von unparteiischen Männern beurtheilen zu lassen, und vielleicht auch weil sie hofften, uns durch eine Fortsetzung des Kampfes auszuhungern.

Endlich Anfang September waren den Fabrikanten die Augen aufgegangen, daß sie in diesem Kampfe nicht siegen könnten. Auf Umwegen suchten sie und erhielten Verhandlungen eingeleitet, welche zum Abschluß des Lockouts führten, und am 13. September wurde dann die Arbeit überall wieder aufgenommen.

Aber unter welchen Bedingungen?

Alle unsere Forderungen, welche wir bei der Uebereinkunft im März nicht eingearbeitet erhalten, sind jetzt durchgeführt. Siehe die vorerwähnten Forderungen a, b, c, d.

Wir haben auf unserer Seite den Fabrikanten drei kleine unbedeutende Einräumungen gemacht — wesentlich von formeller Natur. In unseren Statuten haben wir ebenfalls ein Paar kleinere Einräumungen gemacht, welche nach der Auseinandersetzung der Fabrikanten diese vor Streiks auf den einzelnen Fabriken schützen sollen.

Das, was für uns von der allergrößten Bedeutung ist, sind nicht allein die nun gewonnenen positiven Resultate, sondern viel mehr die Stellung, welche unsere Organisation hierauf einnehmen wird.

Wir haben den Uebermuth der Fabrikanten durch die ihnen zugefügte Niederlage zerstört. Sie wollten unsere Organisation zerstören. Sie erreichten das Gegenteil und machten sie stärker, so sicher wie daß eine Organisation stark machen muss, wenn ein Kampf von diesem Umfang 18 Wochen lang geführt wird, ohne daß ein einziger von den ausgesperrten Arbeitern abtrünnig wird.

2500 Schmiede und Maschinenbauer wurden am 9. Juni auf die Straße geworfen; am 9. Juli kamen noch 450 hinzu, und bis zu dem Tag, als der Kampf beendet war, ist nicht ein einziger von ihnen Berräther geworden, trotzdem daß die wöchentliche Unterstützung sich nur auf 11 Kronen (= 6,12,36, = Fr. 15,28) für Verherrathete, welche in den letzten 12 Monaten Mitglieder des Verbandes gewesen sind, belief; Verherrathete mit einer Mitgliedschaft von unter 12 Monaten erhielten 10 Kronen. Die Verherratheten erhielten nur 6 bis 7 Kronen (= 6,74 bis 6,78, = Fr. 8,23 bis Fr. 9,72). In den 12 Wochen, daß der Kampf dauerte, erhielten sie alle ihre Unterstützung in 12 Wochen, da nichts für die ersten 8 Tage ausbezahlt wurde.

Von unseren übrigen 3000 Mitgliedern, welche während dem Lockout in Arbeit standen und welche einen wöchentlichen Beitrag von 3 Fr. (= 6,37) bezahlen mußten, sind nicht 100, welche sich weigerten, diesen Beitrag zu bezahlen.

Wir glauben behaupten zu dürfen, daß wir einen stolzen Sieg errungen haben, weniger deshalb, daß wir die Fabrikanten dazu gezwungen haben, daß uns bei der Uebereinkunft im März gegebene Wort zu halten, sondern deshalb, daß wir gezeigt haben, wie ausgezeichnet zusammengesetzt und geschult unsere Organisation ist.

Wir will noch hinzufügen, daß die gesamte dänische Arbeiterpartei über den Sieg jubelt, und dieses ist sehr natürlich, denn in den letzten 8—10 Jahren sind alle größeren Kämpfe hier im Lande total mißglückt, wenn man Rücksicht auf die positiven Resultate nimmt, und die Organisationen sind aufgerissen worden, doch mit Ausnahme von den Kaufmännern im Jahre 1890 und den Schreinern im Jahre 1891.

Der beste Beweis für unsern Sieg ist übrigens der, daß die gesamte kapitalistische Presse, sowohl die reaktionäre wie die sogenannte freimaurige, schreibt, es wäre nicht angebracht, davon zu sprechen, wo der Sieg oder die Niederlage zu finden sei.

Bis jetzt haben wir noch nicht feststellen können, welche Summe die Unterstützung der Ausgesperrten gekostet hat, doch nimmt man an, daß sie sich auf ca. 350,000 Kronen (= 393,370,00) belaufen wird. Sobald die Belehrshaft vorliegt, wird diese allen unseren ausländischen Bruderorganisationen zugestellt werden.

Wir bringen Euch, liebe Klassenbrüder im Auslande, hiermit unseren herzlichsten Dank für die uns geleistete Hilfe. Von Nordkap bis nach Mailand ist eine Brücke von Herzen und Sympathien von dem Proletariat gebaut worden. Über diese Brücke werden wir, die Männer der Arbeit und der Freude, marschieren. Ja, die gewerkschaftlichen und die politischen Kämpfe der Arbeiter haben eine weit größere Bedeutung für das Friedenswerk der Zukunft, als alle Friedenskongresse der Bourgeoisie zusammengekommen.

Durch unsere internationale Befreiungsarbeit wird der Kriegsmoloch ausgetrieben werden.

Hoch der Sozialismus! Hoch der Kampf für die Menschenrechte!

Kopenhagen, im September 1897.

Mit brüderl. Gruß und Dank
für den Dänischen Schmiede- und Maschinenbauer-Verband
G. P. Hansen, Vorsitzender,
S. Christensen, Sekretär.

Der englische Trade Unions-Kongress.

(Schluß.)

Fünfter Sitzungstag.

Bogel stellt den Antrag: „dass alle Arbeiterorganisationen des Landes gegen die Erneuerung und Verbilligung neuer Schank- und Amusement-Konzessionen opponieren, wenn die Bewerber sich nicht verpflichten, den Kellnern und Kellnerinnen den Gewerkschaftslohn und die Arbeitsstunden, verbunden mit sechs Arbeitstagen die Woche zu gewähren.“

Der Antragsteller führt aus, dass die Schankwirths und reichen Brauer den Kellnern einen ordentlichen Lohn gewähren sollen, damit sie ein ehrliches Leben führen könnten. Selbst in dem Restaurant des Parlaments werde der Gewerkschaftslohn verlegt. Kellner, die zur Aushilfe angestellt würden, erhalten für den Abend 3,50 £, während sie in anderen Klubs 5 £ erhalten. Es sei zu verwundern, dass die Abgeordneten das „Schwiken“ erlauben. Es sei eine Schande, dass man Arbeiter in dieser Form bezahlt, wo doch die Restaurierung in der letzten Session 29,000 £ Profit erzielte. — Der Antrag wird angenommen.

Harford beantragt, dass Handelsministerium zu veranlassen, eine Untersuchung der Ursache von Unfällen bei Eisenbahnen anzustellen und die Zahl der Unterinspektoren zu erhöhen. Er führt aus, dass die Zahl der Unfälle bei Eisenbahnen im Verhältnisse zu denen bei den Bergarbeitern steht. — Der Antrag wird angenommen.

Gould beantragt, bei der Regierung vorstellig zu werden, dass sie den Angehörigen der Zivilbeamten, welche während ihrer Dienstzeit bei der Regierung sterben, eine Vergütung gewährt. Er führt an, dass allen Arbeitern unter der Regierung 5 Prozent vom Lohn für den Pensionsfonds abgezogen werden. Wenn sie aber sterben, ehe sie das 60. Lebensjahr erreichen, dann ist das eingezahlte Geld für die Angehörigen verloren. — Umgangenenommen.

A. Clark bringt folgende Resolution ein:

„Dass die Trade-Unionisten des vereinigten Königreichs eine Federation gründen, um gegenseitige Hilfe bei Streiks oder Lockouts den beteiligten Gewerken zu leisten, die der Federation angehören. Die Vertretung soll verhältnismässig, die Skala der Unterstützung nach der Skala der Beiträge entsprechen. Dieser Kongress wählt ein Komitee, welches die besten Mittel und Wege in Erwägung zieht, um eine Federation der Trade Unions zu Stande zu bringen. Ein Bericht der Vorschläge des Komitees soll vor dem 1. Januar 1898 den Trade Unions unterbreitet und das Projekt soll entscheidend auf dem nächsten Kongress diskutiert werden. Das parlamentarische Komitee wird autorisiert, die erforderliche Summe, so hoch sie sein mag, für diesen Zweck zu verausgaben.“

Nach kurzer Debatte wurde die Resolution ziemlich einstimmig angenommen und ein Komitee gewählt, welches aus folgenden Personen und Gewerken besteht: R. Knight, Kesselfräsmiede; W. Barnell, Kunstmischer; J. Mitchell, Maschinenbauer; B. Wilkinson, Weber; J. Dipper, Tagearbeiter; A. Clark, Eisenbahnbeamte; R. Clynes, Gasarbeiter; J. McArthur, Dockarbeiter; J. Cronin, Stahlarbeiter; H. Johnson, Zimmerleute und J. Robertson, Buchdrucker.

J. Williams beantragt, dass die Gewerkschaften bei Demonstrationen nur solche Musikkapellen engagiren sollen, die der vereinigten Musikerwerkstatt angehören. Der Antrag wurde nach kurzer Debatte abgelehnt.

Bogel beantragt eine Resolution, welche die Aufsicht ausübt, dass die Kellnerbeschäftigung von der Regierung und deren Departements, sowie von den Arbeiterorganisationen als ein bona fide Gewerbe anerkannt wird. Und das parlamentarische Komitee wird beauftragt, eine Bill in dieser Absicht einzubringen. — Umgangenenommen.

Kenny schlägt in einer Resolution vor, die Schulpolitik der jüngsten Regierung zu verurtheilen und erklärt, die Schulvorstände zu ernächtigen, für die Tausende der hungerigen und schlecht genährten Kinder Mahlzeiten in die Schule herzurichten, und die Schulzeit bis zum 15. Jahre zu erhöhen.

Carr beantragt, dass die Führung der Maschinen und Dampfkessel nur solchen Personen übertragen werden soll, die ein kompetentes Zeugnis aufweisen können. — Umgangenenommen.

Das parlamentarische Komitee wird aus folgenden Personen zusammengestellt: G. Harford, W. Thorne, G. Cowen, M. Willkie, Havelock Wilson, G. Knight, W. Suffield, J. Davis, F. Chandler, David Holmes, W. Mullens und W. Goverman. Als Delegierte zum nächsten Arbeiterkongress in Amerika wurden G. Harford und Havelock Wilson gewählt.

Der nächste Trade Unions-Kongress wird in Bristol abgehalten.

Sextter Sitzungstag.

Cheeseman fordert in einer Resolution für die Postbeamten das Recht der Vereinigung und die Zulassung als eine Union zu Audienzen beim General-Postmeister. — Umgangenenommen.

Phe und Turnbull beantragen in einer Resolution die strenge Bestrafung der betrügerischen Verlezung des Handels-Schutzmarken-Acts mit Gefängnisstrafe. — Umgangenenommen.

Hardinge beantragt: „Der Kongress ist der Meinung, dass das Problem der Arbeitslosen nicht gelöst und die Handwerker-Wohnungsbill nicht gläufig verwaltet werden kann, bis die Stadtverwaltungen die Macht besitzen, Land zu kaufen, welches sie zur Errichtung von Wohnhäusern und Nahrungsmittelein brauchen.“ — Umgangenenommen.

Swan stellt den Antrag: „Der Kongress ist der Meinung, dass das Problem der Arbeitslosen mit dauernd gelöst werden kann, wenn die jetzige Produktion für Profit durch die Produktion für den Bedarf erweitert wird. Der Kongress hält es daher für notwendig, dass der Grund und Boden, die Produktionsmittel, die Vertheilung und Austausch der Produkte sozialisiert werden. Das parlamentarische Komitee wird beauftragt, die Gesetzgebung in diesem Sinne zu fördern und zu unterstützen.“

Der Antragsteller führt aus, dass jeder Mensch das Recht zum Leben habe, und befiehlt bitter, dass nicht einer Seine Hardie unterstützt habe, als er die Frage der Arbeitslosen im Parlament vorbrachte. Es sei schmerhaft, an die Tausende ehrlicher Arbeiter zu denken, die willens sind zu arbeiten, aber keine Arbeit zu bekommen können. Es kann nur hier für

Alle gefunden werden. Das Parlament hat zwar Kommissionen eingesetzt, aber es hat die Frage nie ernst behandelt. Es muss gezwungen werden, es zu thun. (Beifall.)

Der Abgeordnete B. Pickard erklärt, er habe für die Resolution von Hardinge gestimmt, aber er müsse es klar machen, dass die Delegierten der Bergarbeiter-Federation weder für noch gegen diese Resolution stimmen können, da sie nicht praktisch ist.

Die Resolution wurde schließlich mit Majorität angenommen.

Nachdem die üblichen Danachformalitäten vorüber waren, wurde der Kongress mit einem Gesange geschlossen.

Bur Achtstundensbewegung der englischen Maschinenbauer.

Dem „Vorwärts“ wird berichtet:

Die Aussichten auf eine Verständigung der streitenden Parteien sind wieder einmal näher gerückt. Die Maschinenbauer haben sich zu Verhandlungen auf Anfrage des Arbeitsamtes bereit erklärt. Die Unternehmer befinden sich in einem Dilemma; die eine Richtung neigt dem Frieden zu, die andere, an deren Spitze der Hauptmann Dyer und der deutsche Reserveleutnant Siemens, möchten gern den Kampf noch eine Zeit lang hinziehen, um die Gewerkschaft verbluten zu lassen. Sedenfalls scheint Neigung vorhanden zu sein, in Unterhandlung zu treten, aber unter gewissen Bedingungen. Die Unternehmer wünschen, dass die Frage der Arbeitszeit und des Lohnes in der Provinz ganz unverändert bleibe und nur verhandelt werde über die Bedingungen, unter denen die Londoner Arbeiter wieder zur Arbeit zurückkehren sollen; in der Provinz soll zu den alten Bedingungen die Arbeit wieder aufgenommen werden. Der „Daily Chronicle“ nach zu urtheilen, herrscht unter denjenigen Unternehmern, welche den Achtstundentag bewilligt haben, große Erbitterung gegen die großen Betriebe, weil diese jede Firma boykottieren, die den Arbeiterforderungen nachgegeben hat. — In Carlisle haben eine Anzahl Firmen ihren Arbeitern gekündigt. Im Ganzen befinden sich jetzt im Ausland: Maschinenbauer 24,000; Mitglieder anderer Unions 10,000. Nichtorganisierte 8000 und Hilfsarbeiter 14,000, zusammen 56,000 Mann.

* * *

Der „Fris. Ztg.“ wurde telegraphiert:

London, 1. Oktober. Einer Mitteilung des „Echo“ zufolge werden diejenigen Maschinenfabrikanten, welche den achtstündigen Arbeitstag bewilligt haben, von anderen Kapitalisten-Verbänden, die fürchten, dass auch an sie bald die Forderung des achtstündigen Arbeitstages herantrete, stark boykottet. Die Lieferungen würden verspätet und Bestellungen rückgängig gemacht. Der Verein der Betriebsbesitzer habe in einem Kundschreiben seine Mitglieder offen aufgefordert, nur bei Fabrikanten, die den achtstündigen Arbeitstag nicht bewilligt haben, Maschinen zu bestellen. — (Umgekehrt brauchen diese ja auch von den Herren Boykottern keine Kohlen zu kaufen.)

London, 2. Okt. Nachdem der Vorsitzende der Vereinigung der Maschinenbau-Unternehmer vorgeführt hatte, eine Besprechung mit dem Präsidenten des Handelsamtes gehabt hatte, begab er sich gestern nach Birmingham, wo zwei Konferenzen stattfanden. In der ersten wurde über eine Zusammenkunft mit Delegierten der streitenden Arbeiter berathen, in der zweiten wurde der Versuch gemacht, die Unternehmer von Birmingham zu einem gemeinsamen Zuschluss aller Maschinenbauer zu veranlassen. In der Konferenz waren 40 Birminghamer Firmen vertreten, doch zeigten sich dieselben meist, wie es heißt, wenig zu diesem Schritte geneigt.

London, 2. Okt. Der Sekretär des Vereins der Maschinenbau-Unternehmer erklärt, dass die Unternehmer bei der gestrigen Besprechung in Birmingham den Vorschlag des Handelsamtes betreffend eine Konferenz mit der vereinigten Gesellschaft der Maschinenbauer nicht angenommen hatten. —

* * *

Die Schiffsbauer in Birmingham stehen im Begriff, den Ausstand zu erklären. Durch diese Maßregel werden weitere 6000 Arbeiter ausständig.

Zum Formerausstand in Berlin.

Nachdem die Metallindustriellen die Einladung des Gewerbegeichts Berlin auf Beilegung des Ausstandes durch Vergleich angenommen, fand am 2. Oktober, Vormittags 10 Uhr, vor dem Einigungsamt des Gewerbegeichts Verhandlung statt.

Den Vorwir führt Magistrats-Assessor v. Schulz. Als Beisitzer der Arbeitgeber fungieren: Metallwaren-Fabrikant Weigert, Ingenieur Bernhardt. Beisitzer der Arbeiter sind: Former Förster, Schlosser Behold.

Die Parteien sind vertreten seitens der Fabrikanten durch: Kommerzienrat Henneberg, Fabrikbesitzer Schäne, Direktor Krauß, Direktor Dorn von der Firma Vorwir. Die streitenden Arbeiter sind vertreten durch: Former Müller, Former Platz, Former Bernick, Metallarbeiter Litschin.

Die Verhandlung beginnt mit Feststellung der Ursachen des Streiks bei Vorwir. Beide Parteien stimmen darin überein, dass bei der Vergebung eines Doppelzylinders und einer Gleisbahn an eine Kolonne von 5 Formern Differenzen zwischen diesen und den Vertretern der Firma wegen Festsetzung des Accordlohnes für diese beiden Stücke vorhanden waren. Die Formen konnten mit dem betreffenden Meister über den Preis nicht einig werden, dann wurde der Ingenieur Bohner hinzugezogen, und als auch jetzt noch keine Einigung erzielt werden konnte, wünschten die Formen, in dieser Gelegenheit mit dem Betriebsdirektor Dorn oder mit dem Chef der Firma zu verhandeln. Der Wunsch wurde jedoch nicht erfüllt, vielmehr erklärte der Ingenieur Bohner, dass er die Firma vertrete. Über die unmittelbare Veranlassung der Arbeitsniederlegung weichen die Behauptungen beider Parteien ab. Ingenieur Bohner und Formemeister Vorwir behaupten, die Arbeiter hätten für die streitige Arbeit 250 £ verlangt und erklärt, wenn ihnen dieser Preis nicht bewilligt werde, würden sie die Arbeit niederlegen. Dagegen bestreiten die Vertreter der Streitenden, dass die Anwendung

der Arbeitsniederlegung in dieser Form erfolgt sei. Sie hätten gar keinen bestimmten Preis gefordert, sondern dem Meister nur gesagt, 250 £ müsste es eigentlich für die Arbeit geben, sonst könnten sie nicht auf ihren Lohn kommen. Als nun über den Preis keine Einigung erzielt werden konnte, hat die Firma den Formern sagen lassen, die streitige Arbeit solle auswärts angefertigt werden, die Kolonne soll andere Arbeit erhalten, und es sei ihr auch solche zugewiesen worden. Die Arbeiter sollen aber nach Angabe des Meisters und Ingenieurs erklärt haben, wenn die Arbeit nicht zu dem von ihnen geforderten Preise in der Vorwir'schen Gießerei angefertigt werde, würden sie die Arbeit niederlegen. Die Streitenden behaupten dagegen, dass die ihnen zugewiesene Arbeit eine solche gewesen sei, bei der sie sich wesentlich schlechter standen, wie bisher. Sie hätten das Gefühl gehabt, dass sie durch solche Maßnahmen geschädigt und sozusagen indirekt entlassen werden sollten. Da ihr vorgetriebenes Verlangen, mit dem Chef oder dem Betriebsdirektor zu verhandeln, keine Berücksichtigung fand, wären sie zu der Ansicht gekommen, dass nunmehr jede Einigung ausgeschlossen sei. Dann hätten sie allerdings die Forderung gestellt, die betreffende Arbeit solle nicht außerhalb angefertigt werden, jedoch hätten sie das nur so gemeint, dass sie über den Preis des selben mit dem Chef unterhandeln wollten. Dass sie einen bestimmten Preis dafür gefordert hätten, sei nicht zutreffend, nur mit dem angebotenen Preis hätten sie nicht zufrieden sein können. Zu dem Verlangen, dass die Arbeit nicht in einer anderen Gießerei hergestellt werden solle, würden die Formen daher gekommen, weil sie schon verschiedene Vorarbeiten an dem betreffenden Stück ausgeführt hätten, für die ihnen keine Bezahlung angeboten worden sei. Außerdem erklärt der Meister Vorwir, eine Bezahlung der Vorarbeiten sei nicht verlangt worden. Wäre das geschehen, dann hätte er dieselbe auch bewilligt. Ingenieur Bohner sagt aus, dass er, als die Formen wegen des Preises mit ihm sprachen, ihnen gesagt habe: Dieser Tanz mit den Accordlöhnen muss aufhören. Von jetzt an setzt die Firma die Preise fest; sie wird sich nicht gefallen lassen, dass die Formen dieselben bestimmen. Seitens der Vertreter der Streitenden wird dazu bemerk, sie hätten diese Neuordnung so aufgefasst, dass mit dem bisherigen Modus, wonach die Accordpreise in jedem einzelnen Falle zwischen den Formern und dem Meister vereinbart wurden, gebrochen werden solle, und den Arbeitern die Preise von den Beauftragten der Firma dictirt werden sollten. Diese Erklärung in Verbindung mit der Zurückweisung des Verlangens, Herrn Vorwir oder den Direktor Dorn zu sprechen, sowie die sonstigen Umstände hätten bei den Arbeitern eine gewisse Erregung erzeugt und dieselben zur Arbeitsniederlegung veranlasst, der sich alle Formen des Vorwir'schen Betriebes mit Ausnahme eines Einzelnen anschlossen.

Damit ist die Erörterung des Vorwir'schen Falles erledigt. Es werden weiter die Ursachen des Ausstandes in den anderen Gießereien festgestellt.

Litschin gibt dazu etwa folgende Darstellung: Die eigentliche Grundursache des vorliegenden Konflikts sei nicht in den Lohndifferenzen bei Vorwir zu suchen, sondern in den Jahren lang betriebenen Maßregelungen der Arbeiter durch den Verband der Metallindustriellen. Wenn ein einzelner Arbeiter irgend einen Konflikt hinsichtlich seines Arbeitsverhältnisses mit seinen Vorgesetzten hatte und sich den Maßnahmen derselben nicht in jeder Hinsicht widerspruchlos fügte, dann sei er entlassen worden und habe in keiner dem Verband angehörenden Fabrik wieder Arbeit bekommen. Das habe natürlich die Arbeiter erbittert. Erklärtlich sei es auch, dass die Vorwir'schen Arbeiter, als ihnen vor dem Streik die Frage nach etwaigen Wünschen vorgelegt wurde, diese verneint hätten. Sie fürchteten, dass auch sie, wenn sie Wünsche hätten, gemäßregelt und auf die schwarze Liste gesetzt würden. Da der Verband der Metallindustriellen mit der Organisation der Arbeiter prinzipiell nicht verhandele, so hätten die Leiter der Arbeiterorganisation ihren Kollegen nichts empfohlen, dass die Arbeiter derjenigen Fabrik, wo ein Konflikt vorliegt, mit ihrem Chef unterhandeln sollen. Auch im Falle Vorwir sei ein dahingehender Versuch gemacht, aber zurückgewiesen worden. Hätten die Arbeiter Herrn Vorwir oder Dorn sprechen können, dann wäre es gewiss nicht zu dem Ausstand gekommen. Wenn die Herren Fabrikanten aus ihrer Reserve heraustraten und mit den Arbeitern unterhandeln würden, dann würde mancher Konflikt nicht entstanden sein. Was den gegenwärtigen Ausstand betrifft, der in den anderen Gießereien nur in Folge der Verweigerung Vorwir'scher Arbeiter durch die Formen entstanden sei, so würde derselbe sofort beendet sein, sobald sich die Firma Vorwir mit ihren Formen einige Der Redner bemerkt, dass er nochmals ausdrücklich feststellen wolle, dass die Leiter der Arbeiter-Organisation ausdrücklich vor einer Zurückweisung der Vorwir'schen Arbeiten durch die Formen anderer Fabriken gewarnt haben. Wenn doch ein dahingehender Beschluss gefasst wurde, so erkläre sich das durch die Erbitterung, welche bei den Arbeitern durch die Maßnahmen der Fabrikanten erzeugt worden sei. Dass dieser Streik von den Arbeitern beabsichtigt oder gar vorbereitet war, davon könne gar keine Rede sein.

Kommerzienrat Henneberg erklärt zunächst, dass die Vertreter der Fabrikanten nicht das Mandat hätten, hier bindende Vereinbarungen zu treffen. Sie wollten nur hören, wie die Ausständigen den Streik begründen und unter welchen Umständen sie denselben beilegen wollten. Wenn, wie es geschehen, die Formen sich weigerten, Arbeit für die Firma Vorwir anzufertigen, so sei dies eigentlich kein Streik, sondern eine Unbotmäßigkeit, die im Interesse des Betriebes nicht geduldet werden dürfe. Wenn die Arbeiter erklären, sie hätten sich eines anderen besonnen und wären bereit, jede Arbeit zu machen, die ihnen vorgelegt wird, dann würden die Fabrikanten die Ausständigen wieder aufnehmen. Jetzt seien aber so viele Arbeiten nach auswärts gegangen, dass im Laufe des nächsten Vierteljahrs für zwei Drittel der Streitenden keine Arbeitsgelegenheit in Berlin vorhanden sei. Der Streik bei der Firma Vorwir sei eine interne Gelegenheit, die die Firma mit ihren Formen erledigen müsse. Was bezüglich der anderen Firmen hier festgestellt werde, müssen die Vertreter der Fabrikanten erst ihren Kollegen zur Beschlussfassung vorlegen.

Beisitzer Förster fragt, ob nicht der Verband verpflichtet sei, seine Mitglieder, bei denen gezeigt wird, mit zuverteilen zu verzeihen, resp. deren Arbeit ansetzen

seines Mitgliedsbuches Geld entlehnte und sein Buch nicht einloste, außerdem aber die Arbeitsverhältnisse durch Überzeit- und Akkordarbeit zu verschlechtern Ansatz gab.

Der Kesselschmied Albert Schwetge, geb. zu Wolsenbüttel am 17. März 1877, B. Nr. 181 731, ist unter Mitnahme von 8 M Verbandsgeldern von Harburg abgereist und soll sich nach Hamburg gewandt haben. Wir fordern ihn hiermit zur sofortigen Rückzahlung des obigen Betrages an die Verwaltung in Harburg auf und eruchen die Verwaltungen, bei denen er sich etwa melden sollte, ihn hierzu zu veranlassen oder uns seine jetzige Adresse mitzuteilen.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Predigerstraße 160/II, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Verband.

Die Mitglieder Josef Brenner, geb. zu Möglingen am 15. Oktober 1873, Buch Nr. 149 888 und Albert Bastigkeit, geb. zu Memel am 12. Dezember 1873, Buch Nr. 24 168, werden hierdurch um Angabe ihrer Adresse gebeten.

Diejenigen Verwaltungen und Mitglieder, die zur Ermittlung derselben beitragen können, werden gebeten, dies zu thun.

Der frühere Bevollmächtigte von Dössau, Klempner Friedrich Domat, geb. am 5. November 1869 zu Hamburg-Lübbekhorst, eingetreten unter B.-Nr. 100 199 am 1. April 1895 zu Bismarck, ist mit M 247,85 flüchtig und eruchen wir, den Betreffenden bei seinem Aufstehen verhaften und uns sofort Mittheilung zugehen zu lassen.

Korrespondenzen.

Klempner.

Hannover. Am 18. Sept. fand die regelmäßige Mitgliederversammlung der Sektion der Klempner statt. Zunächst hielt Kollege Höhle einen Vortrag über: "Woran fehlt der Arbeiter?" Bei Punkt 2 verließ Kollege Erbisch die Akkordtabelle für Installation, welche folgendes ergibt: a) Eisenrohr: pro 1. Meter 6,5—15 Em. weit 26 J. Bogen, Gräbogen, Thonrohren und Medizinstücke von 6,5—15 Em. pro Stück 80 J. Abzweige in gleicher Weite à 50 J.; Fußbodenentzündung à 75 J.; Reinigungs-, sowie Revisionsstangen à M 1,50, Fetsfang à 1,50, Stoseleitung für den laufenden Meter incl. Haconschl. 80 J.; b. Thonrohr: pro 1. M. 10—15 Em. weit 40 J., Abzweige pro Stück 49 J., Bogen 30 J., Hofsulph. pro Stück M 1,50; c. Zinkrohr: pro 1. M. 5—10 Em. weit 20 J., Dachanschl. à 75 J., Regenrohranschluss à 25 J.; d. Bleirohr: à 1 Zoll für 1. M. 25 J., 1¹/4—2 Zoll für 1. M. 40 J.; e. Gasrohr: 2/3—1 Zoll für 1. M. 30 J., 1¹/4—2 Zoll für 1. M. 35 J. über 2 Zoll mit Packung für 1. M. 50 J.; f. Diverter: Schloss mit Draps und Hahn à 1,50, Pipot 50 J., Auszugsbüchsen 50 J., Windfessel 80 J., Abschlußhahn 80 J., Bleitrand 1—2 Zoll 25 J., Badearrichtung komplett 45 J.; g. Anschlüssen: in Größe pro Zdm. 50 J. mit Plaster oder Beton pro Zdm. 75 J. In nächster Versammlung soll beschlossen werden, ob dieser Tarif so angenommen und verbindlich gemacht kann. Bei Punkt 3 empfahl Kollege Sievert die Einführung des Werkstattvertrauensmännerystems, wobei er aufführte, daß dadurch eine bessere Agitation und eine sicherere Kontrolle der Mitglieder bezüglich des Beitragzahlens sowie eine bessere Regelung der Werkstattniedstände herbeizuführen sei. Dem traten die Kollegen Schaal und Linckelbach entgegen und hoben hervor, daß ein so großer Apparat nie etwas Zweckmäßiges erreiche, da mit Bestimmtheit angenommen werden kann, daß mit die Hälfte aller Werkstätten in Betracht kommen und von diesen bei einer Sitzung vielleicht der dritte Theil anwesend sei, ferner, daß mancher Kollege seine Erfahrungen auf's Spiel setze und die Agitation von jedem Verbandsmitgliede herreisen werden könnte. Nachdem noch Kollege Schreiber für den von Sievert gefestigten Entwurf gesprochen, wurde der selbe mit 26 gegen 16 Stimmen angenommen. Viele Kollegen konnten sich nicht entscheiden und entschieden sich der Abstimmung. Am "Verschiedenen" erklärten sich die Kollegen Mühl und Meienburg zur Zeitungsfabrik bereit. Kollege Schaal machte noch auf die Verbandsbibliothek aufmerksam.

Metallarbeiter.

Dessau. Am 26. September tagte hier eine Konferenz der Metallarbeiter des Herzogthums Anhalt und der angrenzenden Theile der Provinz Sachsen. Vertreten waren 13 Verwaltungsstellen durch 18 Delegierte, außerdem war anwesend Nährer-Berlin. Aus der Berichterstattung über den Stand der Organisation und die Lage der Metallindustrie heben wir hervor, daß in Halle von 6000 Metallarbeitern etwa 800 in 5 Organisationen vereinigt sind, davon gehören 500 dem Metallarbeiterverband an. In Berauburg sind von 1000 Metallarbeitern 75 organisiert. Bei überlanger Arbeitszeit Stundenlöhne von 18 J. an, 27 und 30 J. und die Maximalgrenze. In Eilenburg ist bei 14 J. leistungsfähige Arbeitszeit der Durchschnittslohn 28 J. Die Leistungsfähigkeit wird hier im Großen vertrieben. Von 350 Betriebeneinheiten sind 55 organisiert. Von 230 in Bitterfeld beschäftigten Kollegen sind nur 23 organisiert; der Einzelne kostet 25—28 J. In Bützow leidet die Bevölkerung vor Allem unter dem Mangel eines Verhandlungssatzes. Gestagt wird aber große Leistungsfähigkeit. In Dessau gehören nur 80 Kollegen dem Verband an, obwohl etwa 2000 dazuliegen arbeiten; gearbeitet wird 14—16 Stunden und noch länger. In Straßfurt ist erst vor einem halben Jahre wieder eine Verwaltungsstelle gegründet worden und zeigt jetzt 55 Mitglieder. Besonders sind etwa 500 Metallarbeiter, der Stundenlohn schwankt zwischen 25 und 60 J. In Groß-Ottendorf sind von 220 Beschäftigten 130 im Metallarbeiterverband und 20 im Centralverein der Formen organisiert. Das Ginkaufsrecht hat sich sehr gut bewährt. In Magdeburg hat die Organisation durch das eingerichtete Vertrauens-

männerystem in letzter Zeit gute Fortschritte gemacht. Von 15 000 Beschäftigten gehören etwa 1600 dem Metallarbeiterverband an; etwa 4—500 den Branchenzentralisationen. In den Vororten Groß-Ottendorf und Ferndorf leben (62 Mitglieder) und Diesdorf (27 Mitgli.) wurden selbständige Gruppen gegründet. Der Sohn schwankt zwischen 22 und 55 J. In Folge der Prosperität der Industrie sind vielfach Doppelschichten und Überstunden eingeführt worden. Von allen Rednern wurde betont, daß die Agitation innerlich geführt werden müsse. Leider seien in den meisten Fällen weder die geeigneten Kräfte, noch die erforderlichen Mittel vorhanden. Um die Agitation plausibler und erfolgreicher zu gestalten, sei es nothwendig, ein Agitationskomitee zu gründen. Röhr-Magdeburg erklärt sich im Auftrag der Magdeburger Kollegen gegen die Gründung einer Agitationskommission. Erst müßten die Magdeburger sich selber organisieren. Jede Verwaltungsstelle solle nach besten Kräften die Agitation am Ort und Umgebung pflegen. Nach ausgedehnter Diskussion wird mit allen gegen 3 Stimmen die Errichtung einer Agitationskommission beschlossen und als Sitz derselben einstimmig Magdeburg bestimmt, welcher Ort die Wahl selbst vorzunehmen hat. Jede Ortsverwaltung hat pro Mitglied und Quartal 3 J. an dieselbe abzuführen.

Hannover. Die Agitationskommission von Hannover hatte am 26. September wieder eine öffentliche Metallarbeiterversammlung in Celle einberufen, um die dort beschäftigten Kollegen an ihre Pflicht zu ermahnen. Die dort anwesenden Genossen anderer Berufe hatten ihr Möglichstes gethan, leider waren aber nur sehr wenige Metallarbeiter erschienen. Kollege Bornemann-Hannover sprach über Brodt und Nutzen unserer Organisation. Es wurde beschlossen, einen Vertrauensmann der Metallarbeiter für Celle zu wählen, der für die Einzelmitglieder mit Hannover abzurechnen hat. Kollege Paichert wurde einstimmig gewählt.

Horn. Am 4. September fand eine Mitgliederversammlung des D. M.-V. statt. Ein Vortrag, die Mitgliederversammlungen noch extra im "Hamb. Echo" zu annähern, wurde angenommen. Im "Verschiedenen" kritisierte ein Kollege die Hillmer'sche Werkstatt in Horn wegen Mängel an Schutzvorrichtungen; er erfuhr die Kollegen, daß er einzutreten, daß Abhilfe geschaffen wird. Ferner wurde von der Versammlung für besondere konstitutive Vorstandssitzungen 70 J. pro Mann bewilligt.

Plattenthal. Die Differenzen in der Armaturenfabrik von Plattenthal sind beigelegt, nachdem die Firma erklärt hat, daß sie den Gießmeister Gröbel nicht habe. (S. Nr. 29.)

Schwibbush. Am 26. September fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Massbach-Berlin über "Die Gewerbebeschaffung einst und jetzt" referierte. Reuter schilderte in einer schwingvollen Rede die Entstehung der Gewerkschaften und die gewalzige Entwicklung auf dem Gebiete der Technik. Er belehrte in ausführlicher Weise die Organisation der Unternehmerverbände, die den Arbeitern die Möglichkeit, sich besser zu lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen, zu nützen zu machen suchen. Redner beprach auch den Formerkreis in der Vorwürgischen Maschinenfabrik in Berlin. Kollege Massbach gab zwei über verschiedene Punkte Auskunft. Die Versammlung wurde mit einem Hoch auf die übernde Arbeitserziehung geschlossen.

Stettin. Am Freitag, den 24. September, sandten die Arbeiter der Störerischen Klärmaschinen- und Fahrzeugfabrik an ihrem Arbeitsplatz einen neuen Akkordtarif vor, welcher eine 25—50prozentige Reduktion enthält. Dieser Zugang erregte große Erbitterung. Es wurde der Arbeiterausschuss mit Vertretern der einzelnen Werkstätten beauftragt, mit der Direktion in Unterhandlungen einzutreten, welche über zu neuem Rechtstat bestimmen. Die Direktion erklärte, die ersten 4 Wochen wolle je 10 Prozent, und die nächsten 4 Wochen 5 Prozent zu dem verdienten Lohn zahlen. Auch hierzu rührten die Kollegen nicht ein, weil der Prozentsatz die Woche nur 1—2 J. ausmachte. Am 28. September fand eine Mitgliederversammlung statt. Es wurde abgestimmt, ob in den Ausschand getreten werden sollte. Das Resultat war: Von 365 Stimmetzeln waren 302 mit Ja, 1 mit Nein beschrieben, 1 war leer und 1 unleserlich. Am 29. September, Vormittags 10 Uhr, verließen sämtliche im Gewerbegebiet beschäftigten Arbeiter die Fabrik. Somit erhielten sich also 370 Kollegen im Ausschand, die sämtlich organisiert sind. Das Streikkomitee bot die Hand zur Verbindung an, was die Arbeiter gewillt zeigten, in einigen Fällen arbeiteten 10—15 Prozent von dem alten Akkordtarif anzuhausen. Von der Direktion wurde jede Unterhandlung mit dem Streikkomitee abgelehnt. — Zugang ist strengstens fern zu halten!

Schläger.

Dresden. Eine öffentliche Versammlung der Metallarbeiter und Auslegerinnen fand am 27. Sept. in Celle 3 statt. In das Gewerbeamt wurde der bislangige Verteiler wieder gewählt. Bei "Gewerbebeschaffung" erklärte Heinig, daß er die Werkstatt von G. Richter am 1. Oktober übernimmt. Es wird nach längerer Debatte folgende Resolution angenommen: "Da die Werkstatt von G. Richter durch Staus in die Hände des Herren Heinig übergegangen ist, wird die Sperrre über die einzelnen abzobauen, die Sperrre bleibt aber für eventuelle Fälle bezüglich der Firma G. Richter bestehen." Zum Schluß fordert der Bergende die Verarmung an, in nächster Zeit ihre Augenmerk auf den Ausschand der Berliner Metallarbeiter zu richten.

Geisenhauer.

Chemnitz. Am 1. Oktober legten sämtliche Geisenhauer (13) und 2 Schleifer der Firma Höhne die Richter ab. Alle Streikenden sind Mitglieder des D. M.-V. — Zugang ist fortzuhalten. Richtiges Verhältnis folgt.

Hörlitz a. Rh. Am 28. September fand hier eine Versammlung der Geisenhauer von Köln und Umgebung statt. Die Ursache waren die in letzter Zeit von einigen Dresdnerer Kollegen gemachteten Verhandlungen, eine Sonderorganisation der Geisenhauer, in's Leben zu rufen. Diese Verhandlungen wurden auf das Interesse der Geisenhauer und waren sämtliche Kollegen der Ansicht, daß man der Centralisation des Kapitals die Centralisation der Arbeit ergegenstellen habe. Es wurde beschlossen, daß Dresden Metallarbeiterverband beizutreten, und zwar nicht als Sektion der Geisenhauer, sondern im Anhang an die Firma Höhne.

Nord. Die Zahlgelegenheit befindet sich für die Geisenhauer im Volke des Herrn Bütz, Elstergasse. An einem vor näher zu bestimmenden Sonntag eines jeden Monats wird im obigen Volke eine Zusammenkunft stattfinden. Des Ferneren wurde beschlossen, einen Vertrauensmann zu wählen, welcher sich mit dem Kassirer der Firma Höhne-N. in Verbindung zu setzen hat, um Material, Beitragsmarken etc. zu entnehmen und die Werkstattdelikten damit zu verhindern. Schriftliche Anfragen sind zu richten an J. Spohr, Waldheim a. Rh., Windmühlenstr. 56.

An die Verwaltungen und Mitglieder des D. M.-V. in Nordbayern.

D. M.-V. in Nordbayern.

Die von der nordbayerischen Agitationskommission einberufenen Metallarbeiter-Konferenz findet nur mehr am 17. Oktober, Vormittags 9 Uhr, im Hofe Morl, Prechteleggasse in Nürnberg mit folgender Tagesordnung statt:

- 1) Bericht der Kommission und Diskussion hierüber.
- 2) Wie ist in Zukunft in Nordbayern die Agitation am zweckmäßigsten zu betreiben? Referent: M. Segis.
- 3) Neuwahl der Agitationskommission.
- 4) Verschiedenes.

Kollegen, sorgt dafür, daß jede Verwaltungsstelle auf der Konferenz vertreten ist. Mandatsformulare etc. sind jedem Bevollmächtigten zu senden.

Mit Gruß

G. Barthoer,
Fürth, Marienstr. 39.

Den Mitgliedern des D. M.-V. von Brandenburg und Pommern

hinsicht zur Anzeige, daß sich meine Wohnung seit dem 1. Okt. Berlin S. 14, Prinzessstr. 19, befindet. An diese Adresse sind von jetzt ab alle Anfragen und Geldsendungen für die Agitation in den beiden Provinzen zu richten.

J. Kohlradt.

Vermischtes.

Der Verein deutscher Eisengießereien hielt am 13. September in Goslar seine Jahreshauptversammlung ab. Herr Scherenberg-Elberfeld wies in seinem Jahresberichte darauf hin, daß der geschäftliche Ausfluss, der im Jahre 1895 verfüllt wurde, bis jetzt angehalten habe und weder die amerikanische Präsidentenwahl noch der Dingley-Tarif eine erhebliche ungünstige Beeinflussung des deutschen Marktes herverruhen konnte. Die Kündigung des englisch-deutschen Handelsvertrages gebe zu ernsten Bedenken keinen Anlaß, da Englands Ausfuhr zu Deutschland einführt wie 3 zu 2 sich verhält. Es würde sich aber die Auflistung eines autonomen Bostariis empfehlen, da man auf dieser Grundlage von England und den britischen Kolonien Zugeständnisse erlangen werde und Nordamerika zu einer festsicheren Haltung zwingen könne.

Ebenso müsse man für die Erneuerung der 1908 ablaufenden Handelsverträge besser vorbereitet dastehen. Die Bezahlung zuverlässigen Materials für eine zweckentsprechende Gestaltung des neuen deutschen Bostariis werde für die nächsten Jahre eine hervorragende Aufgabe der gewerblichen Kreise Deutschlands sein. Es könne daher nur mit Bevredigung begnügt werden, daß der Zentralverband deutscher Industrieller gegen jetzt bestrebt ist, gemeinschaftlich mit den organisierten Vertretungen der übrigen großen Gewerbsgruppen, so dem Deutschen Handelsrat und dem Deutschen Landwirtschaftsrath, und unter Führungnahme mit der Reichsregierung eine Zentralstelle in's Leben zu rufen. Der Industrieling ging sodann auf die Marktlage ein. Die Beschäftigung in den Eisengießereien war eine lebhafte, zu Zeiten angespannte, so daß hier und da sogar ein Mangel an Arbeitskräften eintrat. Auch die Nachfrage nach Handelsgußwaren ließ durchweg eine rege und zeitige, so daß beschuldigte Preisaufschlagn von 1—2% für 100 Kilogramm von den meisten Werken bei ihrer Kundhaft durchgeführt werden konnten. Von einigen Stellen ließen jedoch selgen darüber ein, daß trotz der günstigen Zeitverhältnisse durch Unterbrechungen seitens des Wettbewerbes versucht werde, die Preise vorzuerhöhen. Wohl wird die Schuld daran dem Fischereihandel beigeschossen. Im Ganzen vermochten die Eisengießereien in Bezug auf die Preise ihrer Erzeugnisse nicht gleichen Schritt mit denjenigen der Stahlrohrzeugenden halten. Der Verein erkennt aber gern an, daß den bestehenden Rohstoff- und Schmelzverhältnissen, insbesondere Verhältnissen einer wesentlichen Verbesserung durch den Deutschen Landwirtschaftsrath und den Deutschen Handelsrat, sowie den Gewerbeaufschlagn eine wesentliche Verbesserung bringt.

Ebenso müssen man für die Erneuerung der 1908 ablaufenden Handelsverträge besser vorbereitet dastehen. Die Bezahlung zuverlässigen Materials für eine zweckentsprechende Gestaltung des neuen deutschen Bostariis werde für die nächsten Jahre eine hervorragende Aufgabe der gewerblichen Kreise Deutschlands sein. Es könne daher nur mit Bevredigung begnügt werden, daß der Zentralverband deutscher Industrieller gegen jetzt bestrebt ist, gemeinschaftlich mit den organisierten Vertretungen der übrigen großen Gewerbsgruppen, so dem Deutschen Handelsrat und dem Deutschen Landwirtschaftsrath, und unter Führungnahme mit der Reichsregierung eine Zentralstelle in's Leben zu rufen. Nachdem der Bericht erfasst war, daß die Mitgliederschaft des Vereins von 154 auf 163 gestiegen ist, machte Vorsitzender geordnet der Befreiungserklärung nach, daß die Augenmerk auf den Ausschand der Berliner Metallarbeiter zu richten. Der Verein erkennt aber gern an, daß den bestehenden Rohstoff- und Schmelzverhältnissen, insbesondere Verhältnissen einer wesentlichen Verbesserung durch den Deutschen Landwirtschaftsrath und den Deutschen Handelsrat, sowie den Gewerbeaufschlagn eine wesentliche Verbesserung bringt. Der Bericht in dieser Sache erwähnt auf Seiten des Zentralverbandes keine und dessen Säcke in jeder Menge billige. Der nachfolgende Punkt der Tagesordnung, "Gewerbeaufschlagn" (Verhandlungen mit Gewerbeaufschlagn usw.) wurde durch den verantwortlichen Verhandlungsbeamten verlesen, daß der Bericht in dieser Sache erwähnt auf Seiten des Zentralverbandes keine und dessen Säcke in jeder Menge billige. Der nachfolgende Punkt der Tagesordnung, "Gewerbeaufschlagn" (Verhandlungen mit Gewerbeaufschlagn usw.) wurde durch den verantwortlichen Verhandlungsbeamten verlesen, daß der Bericht in dieser Sache erwähnt auf Seiten des Zentralverbandes keine und dessen Säcke in jeder Menge billige. Der nachfolgende Punkt der Tagesordnung, "Gewerbeaufschlagn" (Verhandlungen mit Gewerbeaufschlagn usw.) wurde durch den verantwortlichen Verhandlungsbeamten verlesen, daß der Bericht in dieser Sache erwähnt auf Seiten des Zentralverbandes keine und dessen Säcke in jeder Menge billige. Der nachfolgende Punkt der Tagesordnung, "Gewerbeaufschlagn" (Verhandlungen mit Gewerbeaufschlagn usw.) wurde durch den verantwortlichen Verhandlungsbeamten verlesen, daß der Bericht in dieser Sache erwähnt auf Seiten des Zentralverbandes keine und dessen Säcke in jeder Menge billige. Der nachfolgende Punkt der Tagesordnung, "Gewerbeaufschlagn" (Verhandlungen mit Gewerbeaufschlagn usw.) wurde durch den verantwortlichen Verhandlungsbeamten verlesen, daß der Bericht in dieser Sache erwähnt auf Seiten des Zentralverbandes keine und dessen Säcke in jeder Menge billige. Der nachfolgende Punkt der Tagesordnung, "Gewerbeaufschlagn" (Verhandlungen mit Gewerbeaufschlagn usw.) wurde durch den verantwortlichen Verhandlungsbeamten verlesen, daß der Bericht in dieser Sache erwähnt auf Seiten des Zentralverbandes keine und dessen Säcke in jeder Menge billige. Der nachfolgende Punkt der Tagesordnung, "Gewerbeaufschlagn" (Verhandlungen mit Gewerbeaufschlagn usw.) wurde durch den verantwortlichen Verhandlungsbeamten verlesen, daß der Bericht in dieser Sache erwähnt auf Seiten des Zentralverbandes keine und dessen Säcke in jeder Menge billige. Der nachfolgende Punkt der Tagesordnung, "Gewerbeaufschlagn" (Verhandlungen mit Gewerbeaufschlagn usw.) wurde durch den verantwortlichen Verhandlungsbeamten verlesen, daß der Bericht in dieser Sache erwähnt auf Seiten des Zentralverbandes keine und dessen Säcke in jeder Menge billige. Der nachfolgende Punkt der Tagesordnung, "Gewerbeaufschlagn" (Verhandlungen mit Gewerbeaufschlagn usw.) wurde durch den verantwortlichen Verhandlungsbeamten verlesen, daß der Bericht in dieser Sache erwähnt auf Seiten des Zentralverbandes keine und dessen Säcke in jeder Menge billige. Der nachfolgende Punkt der Tagesordnung, "Gewerbeaufschlagn" (Verhandlungen mit Gewerbeaufschlagn usw.) wurde durch den verantwortlichen Verhandlungsbeamten verlesen, daß der Bericht in dieser Sache erwähnt auf Seiten des Zentralverbandes keine und dessen Säcke in jeder Menge billige. Der nachfolgende Punkt der Tagesordnung, "Gewerbeaufschlagn" (Verhandlungen mit Gewerbeaufschlagn usw.) wurde durch den verantwortlichen Verhandlungsbeamten verlesen, daß der Bericht in dieser Sache erwähnt auf Seiten des Zentralverbandes keine und dessen Säcke in jeder Menge billige. Der nachfolgende Punkt der Tagesord

den Antrag, sich bezüglich der weiteren Behandlung der Novelle den Beschlüssen des Centralverbandes deutscher Industrieller anzuschließen, der auch in dieser Angelegenheit die Interessen der deutschen Industrie auf's Beste wahrnommen habe. Dem entsprechend wurde von der Versammlung Beschluss gefasst. —

Was die Herren "beim Diner" noch für Beschlüsse faßten, darüber schweigt das Sängers Höflichkeit.

Der Parteitag der Süddeutschen Volkspartei verhandelte am zweiten Verhandlungstage zunächst über die Arbeitslosenversicherung, für welche Frage von dem auf dem vorjährigen Parteitag niedergesetzten Ausschus eine Denkschrift vorgelegt wurde, die in Bezug auf den Kern der Sache folgende Vorschläge macht:

I. Jedes Mitglied der Ansatz hat sechs Tage nach erwiesener Arbeitslosigkeit Anspruch auf Unterstützung. Voraussetzung der Unterstützung ist die Zahlung von mindestens 26 Wochenbeiträgen an die Kasse.

II. Bei Streiks und in Fällen von Krankheit, Unfall, Invalidität, oder im Falle, daß der Versicherte eine ihm angebotene, seiner Ausbildung oder seinen Fähigkeiten entsprechende Arbeitsstelle ablehnt, wird keine Unterstützung gewährt.

III. Die Unverschuldetheit der Arbeitslosigkeit ist im Übrigen vorauszusezen, bis dem die Unterstützung verlangenden Arbeitslosen die Verschuldetung nachgewiesen ist. Schuldig ist der Arbeitnehmer an der Arbeitslosigkeit insbesondere in folgenden Fällen:

a. Grundloses Verlassen der Arbeit. Im Falle des Zutreffens von § 124 der Gewerbeordnung Ziffer 1—5 ist das Verlassen der Arbeit nicht grundlos.

b. Verlust der Arbeitsgelegenheit in Folge der Kündigung des Arbeitnehmers.

c. Verlust der Arbeitsgelegenheit in Fällen der Gewerbeordnung § 123 Ziffer 1—7 mit der Annahme des § 123, Absatz 2.

Sonnemann-Frankfurt gab ein ausführliches Referat zur Sache, indem er zu dem Schluß kam, daß die kommunal-Versicherung die empfehlenswerteste sei. Zu einem Beschuß kam es nicht. In nächsten Jahre erst sollen bestimmte Anträge gestellt werden.

Unternehmer-Terrorismus. Auf sein Gesuch bei der Berliner Maschinenbau-Altengesellschaft vorm. Schwarzkopff erhielt der Metallarbeiter S. folgende Antwort:

"Auf Ihr wertes Schreiben vom gestrigen Tage ersuchen wir zunächst, uns juristisch die Erklärung abgeben zu wollen, daß Sie sich bei Bereitstellung in einer zu dem Verband der Berliner Maschinenfabriken gehörigen Werkstatt zukünftig aller sozialdemokratischen Agitationen, Sammlungen für Streitzwecke oder Aufforderungen zu Streiks und Beunruhigung der Arbeiter enthalten wollen, wie daß Sie sozialdemokratischen Verbänden, welche diese Ziele verfolgen, nicht angehören. — Ohne daß Sie eine derartige Erklärung abgeben, sind wir nicht in der Lage, Sie unseren Herren Kollegen zur Einstellung zu empfehlen, was wir im anderen Falle gern thun wollen."

Was würden, sagt der "Boromäus", wohl die Unternehmer und die auf deren Seite stehende bürgerliche Presse dazu sagen, wenn die Arbeiter oder deren Organisation von den Fabrikanten verlangen würden, daß sie sich aller national-liberalen oder freikonservativen Agitation enthalten oder Verbänden nicht angehören sollen, welche die Interessen der Unternehmer vertreten und jeden Arbeiter, der zur Errichtung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen sich zusammenfügt, auszuhungern bemüht sind? Und doch wäre ein solches Verlangen, von den Arbeitern an die Fabrikanten gestellt, nichts Anderes, als was die Unternehmer sich den Arbeitern gegenüber herausnehmen.

Litterarisches.

Verbrechen und Prostitution als soziale Krankheiten. Von Paul Hitzig. Preis 1 M. (Agitationsausgabe für die Parteieigenten 50 A.) Berlin, Verlag der Buchhandlung Borwätzis. Die Schrift erörtert die Beziehungen zwischen Prostitution und Sozialen und die Lehren der Kriminal-Antropologie; schildert und schafft die bis jetzt darüber aufgestellten Theorien und führt in reichem Beweismaterial die sozialen Momente auf, die zur Erklärung der Ursachen dieser Grundstöbel der modernen Gesellschaft herangezogen werden müssen: Sozialen, häusliche und Wohnungsbefreiung des Proletariats, Geschäft- und Kaufmännerei, gewerbliche Arbeitsschädigung der Schuhindustrie, Einfluss sozialdemokratischer Freien Schulen wird die Frage der geistigen Staatsverantwortlichkeit der Schreiber untersucht und die vielumstrittene Frage, ob es in der Zukunft "geborene Verbrecher" gibt und mit welchen Mitteln Verbrechen und Prostitution bekämpft werden können. Die Schrift ist allen Seinen zu empfehlen, welche diese enge Frage ernst behandeln und nicht mit brutalen Garantien wie Prügelstrafe und Letzenstrafe oder mit mobilen Bibelprügeln diese neuen sozialen Epidoden wegschaffen zu wollen glauben.

In **Freien Städten.** Von der im Verlag der Buchhandlung Borwätzis mit Rentjoh begründeten Illustrirten Romanbibliothek (in Sonderheften zu 10 A. erscheinend) liegt uns der erste Halbjahrsband vor — ein hohes ausgedünnter 44 Seiten langer Leinenband zum Preis von 3,50 M. Es enthält den wunderschönen, reich illustrierten Roman B. Hugo's: "1793" und eine Sonderheft zur Totale. Wir danken herzlich Arbeitertreire, Gewerbeaussch. u. aufmerksam und empfehlen ihnen den Band zur Aufmerksamkeit für die Vereinsbüchereien. Der historische Roman, die prächtigen Schilderungen aus der französischen Revolution und der Bürgerkrieg bieten den Mitgliedern eine ebenso spannende wie lehrreiche Lektüre. Die Buchhandlung Borwätzis hat mit dieser Illustrirten Romanbibliothek ein Werk ins Leben gerufen, das seitens der Parteigemeinde die rechte Unterstützung verdient. Eine Novelle zu billigen Preisen in handlicher Ausstattung: fast eine Unterhaltungslektüre, die in jeder Arbeitertreire an Stelle der veralteten zeitigen Theatern und schlechten Veröffentlichungen der Gewerbezeitungen abweichen sollte. Im zweiten Halbjahrsband erscheint ein vorzülicher Roman aus der modernen Zeit: "Die große

"Kampf um die Scholle", auf den wir gleich an dieser Stelle hinweisen wollen.

Briefkasten.

W., Essen, Fa.

Mebrere Berichte müßten zurückgestellt werden.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

Aachen. Samstag, 16. Okt., Abends 9 Uhr, bei Robert Bortrag über das Unfallgefecht.

Altenburg. Sonnabend, 9. Okt., Abends halb 9 Uhr, im "Gold-Löwen". Abrechnung vom 3. Quartal.

Altoua. Montag, 11. Okt., Abends halb 9 Uhr, bei Christianen, Blumenstr. 41.

Augsburg. Samstag, 9. Oktober, Abends 8 Uhr, im "Blauen Vog". Bortrag.

Barmbek. Dienstag, 12. Okt., Abends 9 Uhr, im Verkehrslokal. Bortrag. Bericht des Vergnügungskomitees. Abrechnung vom 3. Quartal.

Bremen. Sonnabend, 9. Okt., bei Hühn, Fischerthalerstraße 19.

Berlin. Bezirksvorversammlung für Südstadt: Mittwoch, 13. Oktober, Abends halb 9 Uhr, bei Rautenberg, Oranienstr. 180. Bortrag des Genossen Dr. Heymann über: Die Ernährung des Menschen. Diskussion. Verbandsangelegenheiten.

Berlin. Betriebsversammlung für den Norden: Sonnabend, 9. Okt., Abends halb 9 Uhr, bei Ditt, Uferstr. 123.

Barmen. Samstag, 16. Okt., Abends 9 Uhr, im "Kaiser Friedrich", Schloßgasse 12. Bortrag über: Glaube und Wissen.

Eckernförde. Sonnabend, 16. Okt., Abends halb 9 Uhr, im "Deutschen Haus". Beschlusstafierung über das diesjährige Stiftungsfest.

Frankfurt a. M. (Sektion der Spengler und Zinnofervereine) Sonnabend, 9. Okt., Abends halb 9 Uhr, bei Stein, Or. Eisenheimerstr. Bortrag des Genossen Brand. — Die Kollegen werden nochmals auf den neuen Einkassier Jahn aufmerksam gemacht.

Görlitz. Montag, 11. Okt., Abends halb 9 Uhr, im "Felsenkeller", Sonnenstr. 51.

Hamburg. (Sammliche Sektionen) Samstag, den 14. Okt., Abends halb 9 Uhr, bei B. Wabe, Hohe Bleichen, "Hammonia-Gesellschaftshaus".

Hannover. (Sektion der Spengler und Zinnofervereine) Sonnabend, 9. Okt., Abends halb 9 Uhr, bei Stein, Or. Eisenheimerstr. Bortrag von Genosse Brand.

— Die Kollegen werden nochmals auf den neuen Einkassier Jahn aufmerksam gemacht.

Hannover. Montag, 11. Okt., Abends halb 9 Uhr, im "Felsenkeller", Sonnenstr. 51.

Hannover. (Sektion der Mechaniker) Dienstag, den 16. Okt., Abends halb 9 Uhr, bei Kuntze.

Hannover. (Sektion der Mechaniker) Dienstag, den 12. Okt., bei Kuntze, "Vorlage-Restaurant".

Karlsruhe. (Sektion der Baumärkte) Sonntag, 10. Okt., Abends halb 10 Uhr in der "Promenade".

Karlsruhe. (Sektion der Biehner und Instalatoren) Montag, 11. Okt., Abends halb 9 Uhr, im "Goldenen Stern" (Königsplatz).

Karlsruhe-Mühlberg. Samstag, 9. Okt., Abends halb 9 Uhr, im "Mitter".

Kiedrich. Sonnabend, 9. Okt., Abends halb 9 Uhr, in der "Neuen Welt". Bortrag des Herrn B. Heidert über: Die Naturheilmethode und ihre Bedeutung als Heilsmittel.

Koblenz i. S. Dutzendig alle 14 Tage am Sohntag in der "Lohalle".

Wetzlar i. H. Sonnabend, 9. Okt., Abends halb 9 Uhr, in der "Franziskaner". Bortrag des Herrn B. Heidert über: Die Naturheilmethode und ihre Bedeutung als Heilsmittel.

Remscheid. Samstag, 16. Okt., Abends 8 Uhr, bei Hermann. Bortrag über: Was ist mit der Organisation?

Nordhausen. Sonnabend, 9. Okt., Gewerkschaftsbericht. Begründung eines Frühjahrsganges. Bortrag.

Marburg. (Sektion der Reisezeugindustrie) Montag, 18. Okt., bei Zentrale, Liegert.

Kettenstedt. Sonntag, 10. Okt., Abends 6 Uhr, bei Schneidersdorf.

Koblenz. Sonnabend, 16. Oktober, Abends 8 Uhr, bei Schreiter, Zehdit.

Karlsruhe. Samstag, 9. Okt., Abends 8 Uhr, im "Kürsch".

Spichler. Sonntag, 10. Okt., Nachm. 5 Uhr. Bortrag.

Stuttgart. (Sektion der Glaser) Samstag, 9. Okt., im "Kursaal".

Stuttgart. (Sektion der Glaser) Am 9. Oktober, Abends 8 Uhr, im "Kursaal".

Weidenfels. Sonnabend, 9. Okt., Abends halb 9 Uhr, in der "Centralhalle". Bortrag des Herrn Obermeier. Die Gleisgegenwart des 19. Jahrhunderts.

Wismar. Sonntag, 11. Okt., Abends halb 9 Uhr. — Von da an alle 14 Tage.

Zeitz. Sonnabend, 9. Okt., Abends halb 9 Uhr, in Meiners Restaurant. Bortrag.

Barmer. Samstag, 11. Okt. ab wird die Gleisunterstützung bei Kapp, unter Königstr. 15 ausgezahlt.

Zaisel. Die Auszahlung der Gleisunterstützung erfolgt jetzt für sämtliche den Metallarbeiterverbund angehörenden Mitglieder bei Gen. Ernst Hug, Zwingerstrasse 25.

Berlin. Sonnabend, 16. Okt. in der Brauerei Friederichshain (früher 9. Okt.) am Brauereitor, großes Volks- und Industriatal-Zentrum, einzige von Güterverteilung unter Leitung des Herrn Waldemar Gutmann, sowie dem Berliner Namensvertreter Hermann. Nach dem Kongreß: Großer Ball. Herren, welche an denselben teil-

nehmen, zahlen 50 A. nach. Anfangpunkt halb 9 Uhr. Billet 25 A. Alles Nähere besagt das Programm, welches beim Eintritt zur Ausgabe gelangt. Billets sind in allen Buchställen, bei den Kassieren, sowie im Verbandsbüro zu haben. An der Kasse wird kein Billet verkauft. Die Vertraulandsleute müssen bis Mittwoch, 12. Okt., mit den Kassieren abgerechnet haben, andernfalls gelten die in ihren Händen befindlichen Karten als verkauf und sind demgemäß zu bezahlen.

Cottbus. Sonnabend, 16. Okt., im Vollischen Gebäude Stiftungssfest.

Dresden. Der Metallschläger Hermann Binder aus Dresden schwankte dem Bevollmächtigten in Löbau i. S. vor, er sei Verbandsmitglied und habe sein Buch noch in Dresden, um sich Unterstützung zu verschaffen.

Duisburg. Die Adresse des Kassiers ist: H. Jöhnl, Mainheimerstraße 14; des Bevollmächtigten: A. Thierhardt, Frankenhausstr. 2.

Elmshorn. Der former Theodor Hansen, geb. am 29. Mai 1876, B. Nr. 89 166, wird eracht, seiner Mutter mitzuteilen, wo er sich aufhält.

Hannover. (Sektion der Klempner) Die Adresse des Bevollmächtigten ist jetzt: Fritz Beukampen, Hollerstr. 18b ll.

Kiesa a. d. E. Die Adresse des Bevollmächtigten ist: Kohl, Schreiber, Kasaniestr. 52 p. Beiträge werden jederzeit entgegengenommen.

Koschrim. Um die Adresse des Schlossers Häusel (nicht Hänel) aus Neulingen wird gebeten.

Leibert. In Heiligenhaus ist jetzt Kollege Max Brandt als Vertrauensmann bestätigt und nimmt Beiträge und Annahmen an.

Velbert. Der Arbeitsnachweis der Feilenhauer befindet sich beim Kassier Wilh. Knauer, Werderstr. 40. Jeder durchreisende Feilenhauer, dem keine Arbeit nachgewiesen werden kann, erhält 50 A. Geschenk. Umzuhauen verboten.

Wiorar. Das Meisegeld wird an Wochentagen Abends von 8—9 Uhr, an Sonn- und Feiertagen Nachm. von 2 bis 3 Uhr in "Stadt Braunschweig", Medenburgerstraße, ausbezahlt.

Öffentliche Versammlungen.

Oranien i. G. Sonnabend, 9. Okt., Abends halb 9 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung im "Bergschlößchen".

Heilbronn. Sonntag, 10. Okt., Nachm. halb 8 Uhr, in der "Waldesluft", öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Diejenigen kämpfen der Metallarbeiter.

Private-Anzeigen.

Der former Ludwig Pihler aus Gießen wird von seiner Mutter (Söldersweg 35, Gießen) um seine Adresse ersucht. [336]

Franz Knoblauch bittet den Metalldrucker Oswald Hardel aus Aue im Harz, seine Adresse an die Ortsverwaltung Gießen gelangen zu lassen. [334]

Ich ersuche die Kollegen um die Adresse des Dreher Wilhelm Glockner aus Rüppurr, zuletzt in Essien. [336]

Mathias Schäuble, Rüppurr b. Karlsruhe.

Ein tüchtiger Feilenhauer auf alle Sorten gesucht. [334]

W. Wili. Bleckmann, Velbert. [334]

Suche einen tüchtigen Feilenhauer gesellen auf dauernde Beschäftigung. Meisegeld wird vergütet. [337]

Fr. Kamade, Feilenhauermeister, Bransche b. Snabruk. [337]

Ein tüchtiger Feilenhauer wird für dauernd gesucht. [332]

E. Heine, Feilenhauermeister, Sudenburg b. Magdeburg. Braunschweigerstr. 61. [332]

Weitere im Werkzeugmaschinenbau selbstständig arbeitende

Kontenre. Abtheilungsführer, werden gesucht. — Tauernde, angenehme Stellung. Guter Verdienst. [338]

Maschinenfabrik Lorenz, Ettringen (Baden). [338]

Perkauf.

Ein im besten Betriebe, mit zahlreicher Kundenschaft, auch aus sämtlichen Betrieben, sich sehr gut enttretendes Feilenhauergeschäft ist